

Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 6.— Mk., vierteljährlich 18.— Mk.
Redaktion: Am Spandhaus 4. — Telefon 720

Organ für die werktätige Bevölkerung
der Freien Stadt Danzig
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-spaltige Zeile 1,80 Mk. von auswärts 2,40 Mk. Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-spaltige Anzeigenzeile 6.— Mk. von auswärts 7,20 Mk. Bei Wiederholung Rabatt. Annahme bis früh 9 Uhr. — Postkontokonto Danzig 2945. Expedition: Am Spandhaus 6. — Telefon 7200.

Nr. 243

Dienstag, den 18. Oktober 1921

12. Jahrgang

Die Berliner Wahl.

Berlin, 17. Okt. (W.L.B.) Nach den vorläufigen Berechnungen des städtischen Wahlbureaus sind bei den Stadtverordnetenwahlen am Sonntag insgesamt 1 072 513 Stimmen abgegeben worden, von denen auf die bürgerlichen Parteien 843 773 und die drei sozialistischen Parteien 826 740 Stimmen entfielen. Danach werden die bürgerlichen Parteien mit einer geringen Mehrheit, vielleicht auch nur in gleicher Stärke mit den sozialistischen Parteien in das Stadtparlament einziehen. Jetzt schon ihre genaue Stärke angeben zu können, wäre verfrüht, da erst noch die Sitzungen des Freiwahlausschusses am 20., 22. und 25. d. Mts. abgewartet werden müssen.

Während die hiesige bürgerliche Presse bereits laute Siegesfanfaren anstimmte, läßt diese W.L.B.-Meldung die genaue zahlenmäßige Besetzung der Berliner Stadtverordnetenversammlung vorsichtigerweise noch offen. Immerhin bestehen keine Zweifel mehr, daß es mit der sozialistischen Mehrheit im Berliner Rathaus vorerst vorbei ist. Fraglich ist es aber, ob die bürgerlichen Parteien imstande sein werden, der nur wenige Mandate zurückbleibenden Linken eine sichere Mehrheit entgegenzustellen. Im alten Stadtparlament verfügten die beiden sozialdemokratischen Parteien anfänglich über 126 von 225 Vertretern. Nach der Spaltung der U.S.P. bildete sich eine kommunistische Fraktion, die eine wüste Kabaupolitik betrieb und deren Agitationspolitik auch die Unabhängigen glauben Rechnung tragen zu müssen, so daß die sozialistische Mehrheit auch im alten Parlament mehr als einmal nur in der Theorie bestand. Die Unabhängigen haben bei dieser Wahl die Hälfte ihrer Stimmen verloren. Die Sozialdemokratische Partei hat 60 000 Stimmen gegenüber der letzten Wahl gewonnen. Die Kommunisten haben von dem gewaltigen Stimmenverlust der U.S.P. nur die Hälfte für sich gewinnen können, aber dieser Gewinn bedeutet keine Stärkung der sozialistischen Position, sondern eine Schwächung, da die Kommunisten für die praktische Arbeit in der Kommune nicht zu gewinnen sind. Der „Vorwärts“ hat durchaus recht, wenn er in seiner Wahlbetrachtung folgende Feststellungen macht:

Was wäre mit einer „sozialistischen Mehrheit“ anzufangen, die noch mit einem Mandat im Vorsprung ist, und die nur zu errechnen ist, indem man die Kommunisten ihr zugählt! Die politische Arbeiterbewegung in Groß-Berlin hat eine schwere Niederlage erlitten. Wollten wir unsere Leser über die leidigen Tatsachen hinwegtrösten, so könnten wir sagen, daß unsere Partei sich glänzend gehalten hat, daß sie als die stärkste sozialistische Partei, die stärkste Partei in Berlin überhaupt aus der Wahl hervorgegangen ist. Ähnliche Trösterände fehlen den Unabhängigen und den Kommunisten vollständig, denn die Niederlage der sozialistischen Mehrheit ist auf den Stimmenrückgang zurückzuführen, den diese beiden Linksparteien gegenüber den Juniwahlen von 1920 erlitten haben.

Aber ist denn das die Hauptsache, ob die eine oder die andere Arbeiterpartei der anderen um einige tausend Stimmen voraus ist? Nein, die Hauptsache ist, daß Berlin am 20. Oktober 1921 aufgehört hat, die uneinnehmbare Hochburg der sozialistischen Arbeiterbewegung zu sein.

Geradezu tödlich aber ist das Geschwätz, das die Hauptschuldigen, die Kommunisten, in ihrer „Roten Fahne“ verüben. Ihnen beginnen zwar die Augen aufzugehen, da sie ihr Blatt mit der Ueberhöhung versehen: „Bürgerliche Mehrheit im roten Berlin“, trotzdem haben sie den Mut zu schreiben:

So können wir Kommunisten mit dem Siegelbild der Lage, das uns das Wahlergebnis so gut und so schlecht wie es eben ein Wahlergebnis bieten kann, gibt, zufrieden sein. Was die Kommunistische Partei selbst anbetrifft, so hat sie ihren Bestand gehalten. Trotz aller Stürme, aller Verfolgungen und Verleumdungen verfiel sie aber einen beachtenswerten Anhang unter der Arbeiterklasse.

Die Bürgerlichen haben die Mehrheit im „roten Berlin“, und die Kommunisten — sind zufrieden! Warum auch nicht? Es ist ja ihr Werk! Diese Eitel, die sich einbilden, mit Hilfe einiger Maschinengewehre die Macht über ganz Deutschland erringen zu können, finden sich jetzt „beachtenswert“, weil sie noch nicht zehn Prozent der Berliner Bevölkerung, der dichtesten Industriebevölkerung Deutschlands, zur Abgabe kommunistischer Stimmzettel zu bewegen verstanden!

Eine solche Niederlage konnte nicht möglich werden, ohne daß schwerste Fehler begangen wurden. Klar ist vor allem das eine, daß der alten einzigen Sozialdemokratie nie hätte passieren können, was der zersplitterten sozialistischen Arbeiterbewegung widerfahren ist. Nicht die Unabhängigen, nicht die Kommunisten ernten die Früchte der Spaltung, die kapitalistische Reaktion

Die Treibereien gegen das Kabinett Wirth.

Die von der Rechten inszenierte Hege gegen das Kabinett Wirth wird hinter den Kulissen noch eifrig fortgesetzt. Hoffen doch die Deutschmonarchisten, bei dieser Gelegenheit den Regierungskurs wieder ein Stück weiter nach rechts herum-drehen zu können. Wirth ist ihnen dabei im Wege, und so läßt man nichts unversucht, um eine Kabinettskrise herauf-zubeschwören ohne Rücksicht darauf, daß jetzt eine Regierungskrise die schwersten Folgen für das Reich nach sich ziehen kann. Leider haben sich sowohl Demokraten wie teilweise auch das Zentrum von der Rechten betören lassen und stehen nicht so fest zu Wirth, wie es gegenüber den durchsichtigen Treibereien von rechts angebracht wäre. Wirth selbst scheint dem fortwährenden Drängen bereits ebenfalls halb ergeben zu sein, denn er hegt die Absicht, nach der endgültigen Festsetzung der Beschlüsse über Oberschlesien zu demissionieren. Wenn man es auch menschlich begreifen kann, daß Dr. Wirth angewidert wird von den Treibereien, die aus den Reihen der Demokraten und des rechts gerichteten Flügels seiner eigenen Partei, des Zentrums, gegen ihn gesponnen werden, so liegt kein Anlaß vor, vor diesen Machenschaften die Segel zu streichen.

Die Sozialdemokratie nimmt gegenüber diesen Bestrebungen der Rechten eine feste, ablehnende Haltung ein, und es ist durchaus angebracht, daß der „Vorwärts“ darauf hinweist, daß die Sozialdemokratie sich nicht erneut zum Aushelfer hingeben wird, wenn die bürgerlichen Parteien aus der künstlich geschaffenen Krise keinen Ausweg finden.

„Juristische“ Prüfung des Unrechts.

Vertagung der Botschafterkonferenz.

Paris, 17. Okt. (Havas.) Die Sitzung der Botschafterkonferenz, die heute nachmittag wegen der Inkraftsetzung der Entscheidung des Völkerbundesrates über Oberschlesien stattfinden sollte, wurde vertagt, sie wird voraussichtlich am Mittwoch stattfinden. Es wurde in der Tat für erforderlich gehalten, eine juristische Prüfung der Frage vorzunehmen, und man erwartet die Ankunft des englischen Juristen Waring. Lord Hardinge, der an der letzten Sitzung der Konferenz nicht teilnahm, fährt morgen nach Paris zurück.

London, 17. Okt. Nach einer Neutermeldung hat der Botschafterrat noch keine Mitteilung an Deutschland und Polen bezüglich der neuen schlesischen Grenze ergehen lassen. Es kann, heißt es in der Meldung weiter, keine Rede davon sein, die Ententetruppen zurückzuziehen, ehe nicht eine Kommission an Ort und Stelle die neue Grenzlinie festgestellt hat. Dies kann vielleicht eine Verzögerung von einigen Wochen bedeuten. Es wird für unzweifelhaft gehalten, daß die unmittelbar Beteiligten nicht die Bedingungen annehmen und ihr Bestes tun, um sie zu erfüllen. Vom politischen Standpunkt aus gilt die ganze Angelegenheit für beendet, obwohl noch kleine Einzelheiten festzusetzen sind.

Wucherische Ausnutzung der Zollserhöhung.

Die Zollzuschläge auf die Zölle sind in Deutschland von 900 auf 1900 Prozent erhöht worden, jedoch wurde für eine Uebergangszeit von 14 Tagen die Einfuhr zu den alten Zöllen zugelassen. Die Folge davon ist, daß die Importeure noch möglichst schnell Waren zu den alten Zöllen heranzubringen und sie zu den gleichen Preisen wie die hochverzollten Waren weiterverkaufen. Das Ortskartell Hamburg des Afabundes und der Ortsauschuß des A. D. G. B. haben daher an den Reichszollrat Dr. Wirth folgendes Telegramm gerichtet:

„Erzweilen! Tiefste Erregung herrscht in Kreisen großhamburger Arbeiterschaft ob der zurzeit im Hamburger Hafen betriebenen wucherischen Ausnutzung der angekündigten Zollserhöhung. Die übermäßige und überstürzte Wareneinnahme zum niedrigen Zollfuß bedeutet nach der Auffassung der hiesigen Arbeiterschaft einerseits die schärfste Schädigung der Reichskasse, andererseits die Möglichkeit einer übermäßigen Ueberschüttung deutscher Konsumenten. Die eingeräumte Uebergangszeit von 14 Tagen gibt die Möglichkeit eines Riesengewinns für den Handel auf Kosten der Steuerzahler und Verbraucher. Die unterzeich-

tut es! Es gibt in Berlin nicht 835 000 reiche Leute, die mit ihrem Klasseninteresse an die bürgerlichen Parteien gebunden sind. Hunderttausende von Angestellten und Beamten, auch Arbeitern, die in karglichen Verhältnissen leben und die gewiß ihrer Klassenlage nach keine Freunde des Kapitalismus sind, haben bürgerlich gestimmt. Hunderttausende sind zu Hause geblieben. Warum? Weil sie von dem etatlichen

nellen Spitzen der wirtschaftlichen Organisationen der hamburgischen Arbeiterschaft empfohlen dringend, im allgemeinen Interesse die bis zum 20. Oktober laufende Uebergangsfrist sofort aufzuheben oder aber den aus der Uebergangszeit dem Handel, erwachsenden beträchtlichen Gewinn auf Kosten des Reiches und aller Verbraucher im allgemeinen Staatsinteresse durch eine Nachverzollung zu erfassen. Es liegt Gefahr vor, daß Hamburgs organisierte Arbeiterschaft des Hafens zur Selbsthilfe greift, um der zurzeit betriebenen wucherischen Ausnutzung der angekündigten Zollserhöhung wirksam entgegenzutreten. Es wird dringend erhelmtgegeben, zukünftig Uebergangsbestimmungen, wie sie jetzt eingeräumt sind, nicht wieder zu gewähren, da diese Uebergangsbestimmungen nur dem Vorteil einzelner auf Kosten der Gesamtheit dienen.“

Zeitungskrise in Berlin.

Die Arbeiterschaft des Verlages Rudolf Wasse (Berliner Tageblatt, Berliner Volkszeitung) hat am Sonnabend wegen Ablehnung von Forderungen die Arbeit niedergelegt, so daß die Blätter des Verlages seitdem nicht erscheinen konnten. Da die Berliner Verlegerorganisationen sich mit dem Verlag Rudolf Wasse solidarisch erklärt haben, sind heute morgen nur die drei sozialistischen Blätter sowie die „Kreuzzeitung“ und die „Deutsche Zeitung“ erschienen.

Der Kampf um den Achtstundentag in Polen.

Die scharfe Opposition, auf welche das Projekt einer Abänderung des Gesetzes über den Achtstundentag bei den Sozialisten und der Nationalen Arbeiterpartei stieß, hat den Finanzminister Michalski zur Nachgiebigkeit in dieser Frage bewogen. Die Verlautbarung, soll das Projekt aus der Gesetzesvorlage über die Sanierung der Finanzen ausgeschieden und dem Ausschuß für Arbeitsbeschäftigung zur Prüfung überwiesen werden. Die von der polnischen Gewerkschaftszentrale organisierte Demonstration zur Verteidigung des Achtstundentages fand in Warschau am 14. Oktober unter großer Beteiligung der werktätigen Bevölkerung statt. Am zahlreichsten waren die Straßen- und Eisenbahner erschienen. Die Straßenbahner und Telefonbeamten waren ohne vorherige Ankündigung in den Streik getreten; der Betrieb konnte jedoch zum Teil aufrecht erhalten werden. Michalski hat dem Ministerrat den Vorschlag unterbreitet, aus Sparmaßnahmsrücksichten die polnische Gewerkschaft in Kopenhagen zu liquidieren und die polnischen Vertretungen in Finnland, Estland und Dettland zu vereinigen.

Abbau der Kleinstraßen.

Bei der Volksabstimmung über den eventuellen Anschluß Byromonts an Preußen wurden bei 55 Prozent Wahlbeteiligung 2546 Stimmen für und 840 Stimmen gegen den Anschluß an Preußen abgegeben. Die Entscheidung unterliegt nun noch der Abstimmung in den beiden Landtagen von Wabed und Preußen.

Vor dem mitteldeutschen Eisenbahnerstreik.

In der Eisenbahnhauptwerkstätte in Halle wurde gestern die Urabstimmung über den Streik vorgenommen. Für den Streik stimmten 1087, dagegen 200 Arbeiter. Bei den Verhandlungen zwischen der Eisenbahndirektion und den Angestellten ist eine Einigung nicht zustande gekommen.

Die Bevölkerungszahl Warschens. Laut der ersten summarischen Berechnung des Statistischen Amtes beträgt die Volkszahl in Warschau nach einer Meldung des P. A. L. 931 173 Personen, darunter 422 248 männliche und 508 925 weibliche. Gegenwärtig waren 24 088 Personen nicht anwesend. Unter den gegenwärtig in Warschau anwesenden Personen haben sich 673 320 für die polnische Nationalität ausgesprochen.

Verhaftete polnische Aktivist. Wie gemeldet wird, sind die Täter die das Attentat auf Stresemann nach seiner Rede auf dem Lüdenscheider Parteitage der Deutschen Volkspartei verübt haben, verhaftet worden. Es sind im ganzen fünf Personen, die sämtlich eingeschriebene Mitglieder der R. P. D. sein sollen.

Treiben der Kommunisten im Roten Hause angewidert waren, weil sie von der zersplitterten sozialistischen Arbeiterbewegung keine positiven Leistungen im Interesse der Gesamtheit und ihrer sozial leidenden Schichten erwarteten! Darum haben sie die Niederlage der Arbeiterbewegung herbeigeführt und ihr eine Lechre erteilt, die helfen muß, wenn sie imstande ist zu lernen.

Sozialistische Regierungen.

Die Bildung einer sogenannten rein sozialistischen Regierung in Thüringen hat außerordentliches politisches Interesse. Vom Standpunkt der Reichspolitik aus ist die Tatsache zu begrüßen, daß nunmehr auch die Regierung Thüringens, wie jene Sachsens und Braunschweigs, entschieden republikanisch und sozialistisch orientiert ist. Das System der rein sozialistischen Regierungen in einzelnen Ländern hat aber auch sonst seine Vorteile: Vor allem den, daß es die Arbeiterpartei in allen ihren Schichten realpolitisch erleichtert und den Kräfte heranzubilden, die zur Führung der Staatsgeschäfte notwendig sind.

Vor dem Kriege und auch noch während des Krieges sprach man in sozialistischen Kreisen von sozialistischen Regierungen oder von Parteigenossen als Ministern höchstens im Scherz. Schnell aber, für viele überraschend schnell, ist aus dem Spiel Ernst geworden. Schon vor der Revolution traten zwei Sozialdemokraten in die Reichsregierung ein oder eigentlich, ihr Eintritt in die Regierung beweist, daß die Revolution, die durchgreifende Staatsumwälzung, schon lange vor dem 9. November im Gange war. Es folgten dann eruptionartig die vielen revolutionären Regierungen im Reich und in den Einzelstaaten, die zum Teil bedeutende Kräfte, zum Teil aber auch ganz unmögliche Erscheinungen emporhoben, welche letztere wieder versanken. Dann kam die Epoche der Beruhigung und der allgemeinen Einstellung auf das parlamentarisch-demokratische System: Es war zunächst beherrscht von der Erscheinung der bürgerlich-sozialdemokratisch gemischten Koalitionsregierungen, die von den Unabhängigen wütend bekämpft wurden, bis schließlich auch die Unabhängigen ihre Notwendigkeit einsahen — und jetzt fehlte nur noch ein halber Schritt dazu, daß sie in die bürgerlich-sozialdemokratische Koalition mit eingetreten wären. Die neueste Erscheinung ist dann die rein sozialistische Regierung nicht mehr auf revolutionär-diktatorischer, sondern parlamentarisch-demokratischer Grundlage.

Von den Vorläufen solcher rein sozialistischer Regierungen ist schon vorher gesprochen worden, und es ließe sich noch vieles zu ihren Gunsten anführen. Beispielsweise sind die Kommunisten in Sachsen und Thüringen sozusagen „Regierungsparteien“ geworden, d. h. sie müssen zugeben, daß auch bei ihnen nur mit Wasser gelocht wird, und diese notwendige Erkenntnis dürfte ihnen Eifer, uns durch einen pflügend ausgedachten Putsch gewalttätig mit den Wohlthaten des russischen Sowjetismus zu beglücken, ganz wesentlich abdämpfen.

Trotz alledem dürfen wir die Vorteile der rein sozialistischen Regierungen nicht überschätzen. Zunächst, wer allein die Regierungsmacht trägt, der trägt auch vor dem Volke allein die Verantwortung, und das ist nicht immer angenehm, am allerwenigsten in Zeiten, wie den gegenwärtigen, da auch rein sozialistische Regierungen mit bitteren Notwendigkeiten rechnen müssen, über die sie auch bei den allerbesten Absichten nicht hinwegkommen. Besonders dort, wo die parlamentarische Basis einer rein sozialistischen Regierung schmal ist, könnte der Gedanke erwägenswert erscheinen, auch eine oder die andere bürgerliche Partei zur Verantwortung mit heranzuziehen, ein Gedanke freilich, den die Unabhängigen bisher aus ihrer bekannten Abneigung heraus, mit Bürgerlichen zusammen zu regieren, stets entschieden abgelehnt haben. Und doch wird auch für eine rein sozialistische Regierung die willige Mitarbeit einer bürgerlichen Partei unter Umständen um so weniger zu entbehren sein, je weniger sich die Kommunisten als Regierungspartei zuverlässig zeigen.

Eine Gefahr für rein sozialistische Regierungen bildet auch der Umstand, daß die Arbeiter leicht an die Bildung einer solchen Regierung Erwartungen knüpfen, die sich nicht erfüllen und daher mit Enttäuschungen enden. Jede Regierung, in Reich oder Staat, ist in ihrem Wirken beschränkt durch die furchtbaren Lasten eines verlorenen Krieges. Sie muß mit einem Beamtenapparat arbeiten, den man auch durch die radikalsten Eingriffe nicht von heute auf morgen

ganz mit demokratischem oder sozialistischem Geiste erfüllen kann. Sie muß mit einer öffentlichen Meinung rechnen, die zu sehr großem Teil noch von der kapitalistischen Presse beherrscht wird: Eine rein sozialistische Regierung wird immer so ziemlich ohnmächtig bleiben, solange sie sich nicht auf eine stark verbreitete und angelegene sozialistische Presse stützen kann. Schließlich und hauptsächlich: Auch eine rein sozialistische Regierung kann die Lasten der gesellschaftlichen Entwicklung nicht außer acht lassen, auch sie muß sich vor mechanischen Eingriffen in das organische Wirtschaftsleben, wie sie von manchen Stürmern oft gefordert werden, hüten, wenn sie nicht statt Nutzen Schäden stiften will.

Man wird also rein sozialistische Regierungen, wo sie sich in einzelnen Ländern bilden, als überaus wichtige Entwicklungstadien im Aufstieg der Arbeiterklasse begrüßen dürfen. Aber als die Lösung aller Rätsel, als den endlich gefundenen Stein der Weisen, als erfüllte letzte Voraussetzung zur Lösung der sozialen Frage, als all dies wird man die rein sozialistischen Regierungen nicht betrachten dürfen. Davon sind wir noch weit entfernt, und alle Illusionen hierüber wären vom Uebel.

Der neue Sturz der Mark.

Die Kursbewegung der Mark war in den letzten Wochen erfreulicherweise auf einem gewissen Ruhepunkt angelangt und man hoffte, daß die Verschlechterung für eine Weile aufgehört habe. Da kamen die ungünstigen Meldungen von der Entscheidung über Oberschlesien, und sofort setzte eine wilde Haufe-Spekulation ein, die die ausländischen Devisen zur schwindelnden Höhe emportrieb. Der Dollar, der bisher zwischen 122 und 124 Mark schwankte, schnellte sprunghaft bis auf 145 Mark und jetzt sogar bis auf 185 Mark. Es fanden sich auch an der Berliner Börse genügend Käufer für die polnische Mark, die sofort auf 5 deutische je 100 polnische Mark in die Höhe schnellte. Die wichtigsten Veränderungen der Devisenkurse zeigt die nachstehende Tabelle:

	am 28. 7.	1. 10.	12. 10.	15. 10.	17. 10.
100 holl. Gulden	2477,50	3906,10	4395,80	4945,05	5894,10
1 Pf. Sterling	289,70	482,50	509,45	576,40	704,25
1 Dollar	81,03	124,37	131,86	149,60	184,81
100 französl. Fr.	820,85	874,10	961,50	1088,90	—

Jedesmal, wenn sich Anzeichen auf Besserung der deutschen Wirtschaftslage zeigten, haben außenpolitische Momente einen neuen Sturz der Mark herbeigeführt. Man erinnere sich an die verhängnisvollen Folgen, die die Sanktionspolitik der Entente auf die Kaufkraft der Mark ausgeübt hat. Ganz gleich, ob die Spekulation mit ihrem Pessimismus diesmal recht hat oder nicht — leider muß man annehmen, daß sie recht behält —, bedeutet der neuerliche katastrophale Valutasturz eine weitere Schwächung der deutschen Kaufkraft am Weltmarkt und eine Begünstigung des deutschen Schleudereports, über die sich die Länder mit hoher Valuta heute schon schwer zu beklagen haben und die die unmittelbare Ursache der Arbeitslosigkeit in anderen Ländern ist. Die Reparationsverpflichtungen Deutschlands aber, die in Goldmark zu entrichten sind, steigen mit dem Kurssturz der Mark, und von der Finanznot ist kein Ende zu sehen.

So richtet sich ein ungünstiger Entscheid über Oberschlesien letzten Endes gegen die Erfüllung der Reparationszahlungen und macht damit alle die Erfolge zunichte, die auf dem Gebiete der wirtschaftspolitischen Verständigung zwischen den einzelnen Staaten in letzter Zeit erzielt worden sind.

Karl Habsburgs Putschversuch.

Die Wiener „Arbeiter-Zeitung“ bringt folgende Enthüllungen über die neuesten Pläne der Monarchisten: Das Zentrum der Bewegung ist in Graz in der Landesregierung und im Landesgendarmerie-Kommando, wo der stellvertretende Kommandant Zellburg ein eingestellter Monarchist ist. Am 3. Oktober fand in der Wohnung dieses Zellburg in Anwesenheit des christlich-sozialen Landeshauptmanns-Stellvertreters Parter und des ehemali-

gen Landesgendarmerie-Kommandanten Petrnay eine Versammlung statt, die dem Zweck diente, die kaiserliche Heimwehr zu einer schlüssigen karlistischen Truppe zu organisieren. Es wurde beschlossen, die Heimwehren auf der Grundlage der Pfarrbauernvereine aufzubauen, die in Gemeinschaft mit der ungarischen Warden die Republik stürzen und Karl Habsburg wieder einsetzen sollen. Der Einmarsch der Ungarn, der in nahe Aussicht gestellt wurde, soll in einer Stärke von drei Divisionen erfolgen. Politisch erklärte, daß sein in der ungarischen Armee stehender Sohn in spätestens 14 Tagen mit seiner Truppe in Graz einziehen werde. Als Führer der karlistischen Heimwehren, denen ein Betrag von 200 000 Kronen monatlich zur Verfügung steht, sind Parter und Zellburg in Aussicht genommen. Zellburg ist jetzt vertrieben, die republikanischen Gendarmen aus Graz zu entfernen, und hat eine Reihe von ihnen verhaften lassen. Ueber die Pläne der österreichischen Monarchisten verlautet weiter: Es bestehen drei monarchistische Parteien; die Partei der schwarz-weißen Begitimisten wird von dem Obersten Wolf geführt, dem Herausgeber der „Staatswehr“; sie träumt von der Aufrichtung der alten habsburgischen Monarchie aber auch von einem römisch-deutschen Kaiserreich unter Ausschluß Preußens. Die Monarchistenpartei Oesterreichs steht unter der Leitung eines Generalmajors Nowak, des Sektionschefs Rager und eines Herrn Wense; sie steht dem Gedanken des Putsches mit einer gewissen Reserve gegenüber. Diese Partei gehören auch an der Fürst Vechtenstein, der Graf Wessignier, die ehemaligen Minister Hofmann, Guffarel usw. Eine Zweiggruppe dieser Partei besteht in der Tschekoslowakei unter dem großartigen Namen, „Böhmisches Ahrigspartei“ und einer ihrer Führer ist der tschechoslowakische Hauptmann Rabern. Schließlich ist noch die „Vereinigung der Frontkämpfer“ vorhanden, die vor einigen Tagen einen Plan nach bayerischem Muster aufgestellt hat, wonach Sturmtruppen, mobile und Stellungstruppen und eine technische Oberleitung errichtet werden sollen. In dieser Versammlung meinte der Oberste Meriot, daß man im Ernstfalle das Parlament besetzen müsse, weil man dort die Volksgewalt gleich bekommen habe.

Die „Arbeiter-Zeitung“ stellt fest, daß die Gefahr nicht gering ist, daß aber jeder Versuch eines Anschlages auf die Republik unbarbarisch niedergeschlagen werden wird.

In einer Massenversammlung freirechtlicher Organisationen gestellte Genosse Dr. Ellenbogen das verbrecherische Treiben der Monarchisten. Er sprach auch über das Burgenland, aus dem nicht ein neues Gefäß-Bohringen geschaffen werden sollte; die Haltung Ungarns sei die ungeheuerste Blamage für die Entente. Die Bevölkerung sage sich, wenn die Entente versage, und ihre eigenen Diktate nicht durchführen könne, dann sei auch Deutsch-Oesterreich nicht mehr daran gebunden und habe die Freiheit und die Pflicht, sich mit dem Deutschen Reich zu vereinigen.

Ermordung eines polnischen Sekretärs in Moskau.

Moskau, 16. Okt. (P. A. L.) In der gestrigen Nacht wurde der Sekretär der polnischen Delegation bei der gemischten Rückwanderer-Kommission, Franz Kowicz durch einen Dolmetsch am Gasse ermordet. Die Untersuchung ist im Gange.

Vor einem großen Eisenbahnerstreik in Amerika.

Aus Chicago wird gemeldet: Die Verbände des Zugpersonals und der Weichensteller sind aufgefordert worden, in einen allgemeinen Streik einzutreten, der am 30. Oktober beginnen soll. Wenn die Aufforderung zum Eisenbahnerstreik in vollem Umfange befolgt wird, so werden am 30. Oktober über eine halbe Million Eisenbahnangestellte in den Ausstand treten und am 2. November werden etwa zwei Millionen Angestellte infolge der vollständigen Einstellung des Eisenbahndienstes feiern. Wie gemeldet wird, haben über 80 Prozent der Angestellten bereits für den Streik gestimmt. Während die Eisenbahngesellschaft in einer früheren Bekanntmachung eine 12 prozentige Lohnherabsetzung angekündigt hatte, habe sie gestern bekanntgegeben, daß noch weitere Herabsetzungen notwendig seien. Die Arbeiterführer erklären, daß dies der größte Streik in der Geschichte der Vereinigten Staaten sein werde.

Zur Arbeitslosenunterstützung in England hat Lloyd George in der Kabinettsitzung den Vorschlag gemacht, zur Unterstützung der Arbeitslosen von jedem Arbeiter wöchentlich 2 Pence zurückzuhalten. Bei einer entsprechenden Mitarbeit der Arbeitgeber und der Regierung würde eine wöchentliche Arbeitslosenunterstützung von 800 000 Pfund Sterling aufgebracht werden.

Hans und Heinz Kirch.

Erzählung von Theodor Storm.

(Fortsetzung.)
„An wen, an wen denn, Marten?“
Er stand einen Augenblick und hielt die Schriftseite des Briefes ihr entgegen.
Die geöffnerten Mädchenlippen verstanden einen Laut, der nicht zu einem Worte gehöret.
„Von Heinz?“ kam es dann schüchtern hinterm Rücken, und wie eine helle Lohr brannte die Freude auf dem jungen Antlitz.
Der Alte sah sie freundlich an. „Von Heinz?“ wiederholte er schelmisch. „Ei, Wiebchen, mit den Augen ist das nicht darauf zu lesen!“
Sie sagte nichts; aber als er jetzt in der Richtung nach dem Kirchhofs Hause zuschritt, lief sie noch immer nebenher.
„Nun?“ rief er. „Du denkst wohl, daß ich auch für dich noch einen in der Tasche hätte?“
Da blieb sie plötzlich stehen, und während sie traurig ihr Köpfchen schüttelte, ging der Alte mit dem dicken Brief fort.
Als er die Kirchhofs Wohnung betrat, kam eben die Hausmutter mit einem dampfenden Schälchen aus der Küche; sie wollte damit in das Oberhaus, wo im Nebenflügel die kleine Gina an den Majern lag. Aber Marten rief sie an: „Frau Kirch! Frau Kirch! Was geben Sie für diesen Brief?“
Und schon hatte sie die an ihren Mann gerichtete Adresse gelesen und die Schrift erkannt. „Heinz?“ rief auch sie, „oh, von Heinz!“ und wie ein Jubel brach es aus dieser stillen Brust. Da kam von oben her die Kinderstimme: „Mutter! Mutter!“
„Gleich, gleich, mein Kind!“ Und nach einem dankbaren Nicken gegen den Boien flog sie die Treppe hinauf. „O Gina, Gina! Von Heinz ein Brief von unserem Heinz!“
Im Wohnzimmer unten sah Hans Kirch an seinem Tische, zwei aufgeschlagene Handelsbücher vor sich; er war mit seinem Verlagskonto beschäftigt, das sich diesmal ungewöhnlich groß erwiesen hatte. Verdrießlich hörte er das laute Reden draußen, da er in seiner Rechnung störte; als der Postbote hereintrat, fuhr er ihn an: „Was schreibt er denn für Lärm draußen mit der Frau?“ Statt einer Antwort überreichte Marten ihm den Brief.

Fast großend betrachtete er die Aufschrift mit seinen scharfen Augen, die noch immer der Brille nicht bedurften. „Von Heinz“, brumnte er, nachdem er alle Stempel aufmerksam befechtigt hatte. „Zeit war es denn auch einmal!“
Vergebens wertete der alte Marten, auch aus des Vaters Augen einen Freudenblick zu sehen; nur ein Zittern der Hand — wie er zu seinem Koste bemerkte — konnte dieser nicht bewilligen, als er icht nach einer Schere langte, um den Brief zu öffnen. Und schon hatte er sie angefaßt, als Marten seinen Arm berührte: „Gerr Kirch, ich darf wohl noch um dreißig Schilling bitten!“
— „Wofür?“ — er warf die Schere hin — „ich bin der Post nichts schuldig!“
„Gerr, Sie sehen ja wohl, der Brief ist nicht frankiert.“
Er hatte es nicht gesehen; Hans Adam bis die Jahre aufeinander: dreißig Schillinge; warum denn auch nicht die noch zum Verlust geschrieben! Aber — die Bagele, die war es ja nicht; nein — was dahinter stand! Was hatte doch der Pastor neulich hingeredet? Er würde nicht mit leeren Händen kommen! Nicht mit leeren Händen! — Hans Adam lachte grimmig in sich hinein. — Nicht mal das Porto hatte er gehabt! Und der, der sollte im Magistrat den Sitz erobern, der für ihn, den Vater, sich zu hoch erwiehen hatte!
Hans Kirch sah stumm und harz an seinem Vater; nur im Gehirne tobten ihm die Gedanken. Sein Schicksal, sein Speichel, alles, was er in so vielen Jahren schwer erworben hatte, stieg vor ihm auf und addierte wie von selber die stattlichen Summen seiner Arbeit. Und das, das alles sollte er diesem... Er dachte den Ent nicht mehr zu Ende; sein Kopf brannte, es brauste ihm vor den Ohren. „Lump!“ schrie er plötzlich, „so kommst du nicht in deines Vaters Haus!“
Der Brief war dem erschrockenen Boten vor die Füße geschleudert. „Nimm“, schrie er, „ich kauf ihn nicht; der ist für mich zu teuer!“ Und Hans Kirch griff zur Feder und blätterte in seinen Kontorbücher.
Der gutmütige Alte hatte den Brief aufgehoben und versuchte schreiben noch einige Uebersetzung; aber der Hausherr trieb ihn fort, und er war nur froh, die Straße zu erreichen, ohne daß er der Mutter zum zweitenmal begegnet wäre.
Als er seinen Weg nach dem Südwende der Stadt fortsetzte, kam Wiebchen eben von dort zurück; sie hatte in einer Perle, welche hier das letzte Haus bildete, eine Bestätigung ausgerichtet. Ihre Mutter

war nach dem plötzlichen Tode ihres Mannes zur See in aller Eile nach dem Tode der Frau ihres Mannes auf dem Lande geworden und hatte mit diesem eine Markrosenschenke am Hafenplaz errichtet. Viel Gutes wurde von der neuen Wirtschaft nicht geredet; aber wenn an Herbstabenden die über der Hauskür brennende rote Lampe ihren Schein zu den Schiffen hinabwarf, so sah es da drinnen in der Schenkstube bald Kopf an Kopf, und der Brenner draußen am Stadende hatte dort gut Rundschau.
Als Wiebchen dem alten Postboten näherte, bemerkte sie sogleich, daß er jetzt recht mürrisch vor sich hinsah, und dann — er hatte ja den Brief von Heinz noch immer in der Hand. „Marten!“ rief sie — sie hätte es nicht lassen können — „der Brief, hast du ihn noch? War denn dein Vater nicht zu Hause?“
Marten machte ein grimmes Gesicht. „Nein, Kind, sein Vater war wohl nicht zu Hause; der alte Hans Kirch war da; aber für den war der Brief zu teuer.“
Die blauen Mädchenaugen blickten ihn erschrocken an. „Zu teuer, Marten?“
— „Ja, ja; was meinst du, unter dreißig Schillingen war er nicht zu haben.“
Nach diesen Worten steckte Marten den Brief in seine Lederfäse und trat mit einem anderen, den er gleichzeitig hervorgezogen hatte, in das nächste Haus.
Wiebchen blieb auf der Gasse stehen. Einen Augenblick noch sah sie auf die Tür, die sich hinter dem alten Mann geschlossen hatte; dann, als läme ihr plötzlich ein Gedanke, griff sie in ihre Tasche und knirschte darin, als wie mit kleiner Silbermünze. Ja, Wiebchen hatte wirklich Geld in ihrer Tasche; sie zählte es sogar, und es war eine ganze Handvoll, die sie schon am Vormittage hinter dem Schenkstübchen eingewonnen hatte. Zwar, es gehörte nicht ihr, das wußte sie recht wohl; aber was kümmerte sie das, und mochte ihre Mutter sie doch immer dafür schlagen! „Marten!“ sagte sie hastig, als dieser jetzt wieder aus dem Hause trat, und streckte eine Handvoll kleiner Münze ihm entgegen, „da ist das Geld, Marten; gibt mir den Brief!“
Marten sah sie voll Verwunderung an.
„Gib ihn doch!“ drängte sie. „Hier sind ja deine dreißig Schillinge!“ Und als der Alte den Kopf schüttelte, sagte sie mit der freien Hand an sein Tasche: „O bitte, lieber Marten, ich will ihn ja nur einmal zusammen mit seiner Mutter lesen.“
(Fortsetzung folgt.)

Danziger Nachrichten.

Neue Bestimmungen über Schöffen und Geschworene.

Der Senat unterbreitet dem Volkstage einen Gesetzentwurf betr. die Änderung der Bestimmungen über Schöffen und Geschworene. Für das Gerichtsverfassungsgesetz sind folgende Änderungen vorgeschlagen. Frauen dürfen das Amt eines Schöffen oder Geschworenen nur ausüben, wenn eine Frau oder ein Jugendlicher alleinstehend oder zusammen angeklagt sind. Das muß auch in diesen Fällen ein zehnter Teil ein Mann sein. Zum Amt eines Schöffen sollen nicht berufen werden: die Mitglieder des Senats, Staatsbeamte, die jederzeit einseitig in der Ruhestand versetzt werden können; richterliche Beamte und Beamte der Staatsanwaltschaft; Mitglieder des polizeilichen Vollzugsdienstes; Religionsdiener; Mitglieder des Oberverwaltungsgerichtes, sowie die ständigen Mitglieder des Bezirksausschusses; Landesbeamte, die vom Senat als unabschließlich erklärt werden.

Über die Wahl der Schöffen wird folgendes bestimmt: Der Ausschuss besteht aus dem Richter als Vorsitzenden und einem vom Senat zu bestimmenden Verwaltungsbeamten sowie 9 Vertrauenspersonen als Beisitzer. Für die Verwaltungsbeamten ist vom Senat zugleich ein Stellvertreter zu bestellen. Die Vertrauenspersonen werden aus den Einwohnern des Amtsgerichtsbezirks durch die Kreisstage, in den kreisfreien Städten durch die Stadtverordnetenversammlungen gewählt. Die Wahl ist nach dem gleichen und geheimen Wahlrecht und nach den Grundsätzen der Verhältniswahl zu vollziehen.

Der gleiche Ausschuss hat auch diejenigen Personen aus der Urliste auszuwählen, aus denen die Geschworenen auszuwählen sind. Die Zahl der Frauen darf bei den als Hauptgeschworene und bei den als Hilfsgeschworene Ausgewählten nicht mehr als je ein Sechstel der Gesamtzahl betragen. Sind in einer Schwurgerichtsperiode nur Männer angeklagt, so werden nur Männer ausgelost.

Die Strafprozedur wird entsprechend abgeändert. Nach Inkrafttreten des Gesetzes sollen unverzüglich neue Listen der Schöffen und Geschworenen aufgestellt werden.

Zu der Begründung des Entwurfs sagt der Senat: Bei früheren Beratungen des Volkstages ist wiederholt das Verfahren bei der Auswahl der Schöffen und Geschworenen beanstandet worden. Es wurde die gleichmäßige Heranziehung aller Bevölkerungsschichten gefordert. Es wurde angeregt, die Laienrichter durch den Volkstag oder einen seiner Ausschüsse oder durch die Stadtverordnetenversammlungen bzw. Kreisstage zu wählen. Der Senat beabsichtigt jedoch, das nach politischen Gesichtspunkten vorgegangen wird und befürwortet deshalb die Beibehaltung besonderer Ausschüsse für diesen Zweck. Diese Ausschüsse sollen von den Stadtverordnetenversammlungen und Kreisstagen zu wählen. Da diese Körperschaften nach dem Verhältniswahlrecht zusammengesetzt sind, bewirkt die Möglichkeit, alle Kreise zur Mitarbeit heranzuziehen.

Bei der Wahl von Geschworenen ist eine wesentliche Änderung vorgesehen. Bisher stand den Ausschüssen für die Geschworenen lediglich ein Vorschlagsrecht zu. Aus der vorgeschlagenen Person wählte das Landgericht in nichtöffentlicher Sitzung die Geschworenen aus. Dieses Verfahren soll verschwinden, die Ausschüsse sollen in Zukunft die Geschworenen endgültig bestimmen.

Der Gesetzentwurf wird heute dem Volkstag in erster Lesung beschließen und dann zur Rücksprache gelangen. Hier muß dann noch gewaltige Arbeit geleistet werden, wenn das Gesetz auch nur einigermaßen den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft Rechnung tragen soll. Die bisherige Besetzung der Geschworenenbank bildete ein Echo auf die Bezeichnung Volksgericht. Mit verschwindend wenigen Ausnahmen sahen die Angehörigen der besitzenden Klasse, meistens häusliche Großgrundbesitzer, über die Angeklagten zu Gericht. Es gab kein aufsteigendes Bild, als das Bild eines Schwurgerichts. Rechts wußt wohlgenährte Angehörige der besitzenden Klasse, links auf der Anklagebank ein armliegender Menschlein, bei dem Not und Sorge oft täglich zu Gast waren. Diese Geschworenen waren gar nicht in der Lage, sich in das Seelenleben eines Angeklagten der arbeitenden Bevölkerung hineinzuversetzen. Die Folge waren Fehlurteile, die von dem größten Teile der Bevölkerung als Unrecht angesehen wurden. Es wird wirklich die höchste Zeit, daß hier eine gründliche Änderung eintritt.

Sozialer Selbstbetrug.

Vor einem Arbeiter erhalten wir nachstehende harte, aber durchsichtige Betrachtung zu der augenblicklich stattfindenden Wohltätigkeits-Sammlung für die Errichtung einer Lungenheilstätte in Jenkau:

Über die Notwendigkeit einer Heilstätte für Lungenkranke im Freistaat bestehen in der arbeitenden Bevölkerung keinerlei Zweifel. Ihre Errichtung fordert erklärlicherweise große einmalige Ausgaben und laufende Unterhaltungskosten aus den Mitteln der Allgemeinheit. Der Hauptanstoß hofft man, durch Sammlungen während der Tuberkulosemwoche eine reelle Summe zusammenzubringen. Dazu ein paar Worte. Die Lungentuberkulose ist keine „Erkennungsgeschicht“ des Krieges, sondern die erhebliche Steigerung der Erkrankung- und Todesfälle sind Folgeerscheinungen des Krieges, ebenso wie die Steigerung der Wohnungsnot, Arbeitslosigkeit und die allgemeine Unterernährung unmittelbare Folgen des Krieges sind. Aber die unliebsamen Sitten, Lagen und die unheimliche Not, die in der Vorkriegszeit in Danzig unter der liberalen Magistratsklasse recht häufig, Danzig war von jeher mit seinen schmalen und schmalen Gassen, und den darin befindlichen luft- und lichtarmen Wohnungen ein berückeltes Herd für alle möglichen Krankheiten. Vor der Abreise konnten die zahlreichen Lungenkranke in Danzig nach Adersdorf (Schlesien) oder Pöhlstein (Ostpreußen) zur Kur geschickt werden. Das ist heute — weil Ausland — wesentlich erschwert und kaum noch möglich. Jetzt heißt es, sich selbst helfen. Das konnte jeder halbwegs denkende schon vor zwei Jahren wissen, als in Deutschland den besitzenden Klassen, Adel, Herren und Kriegsgewinnlern, die Vermögensabgabe auferlegt wurde. Der damalige Staatsrat hatte es in der Hand, dieses Gesetz auch für Danzig in Wirklichkeit zu lassen. Man unterließ es jedoch, um den Danziger Professoren zu schmeicheln. Es hatte den Anschein, als schwimme Danzig im Golde und wäre alles auf beste bestellt. Trotzdem griff das Gespenst der Wohnungsnot, Nahrungsmangel, Arbeitslosigkeit und Lungentuberkulose um alle Stufen hin. Der herrschende, kurzfristige Staatsrat wurde durch den vielfältigen, nicht gering befürchteten Senat abgelöst. Die vom Senat eingeschlagene Politik läßt sich, kurz bezeichnet, als die verhängnisvolle Hungerblockade in geänderter Form bezeichnen. In der

Wirkung kommt sie der verruchten Hungerblockade näherlich gleich. Ich denke nur an die unheilvolle Steuer- und Wirtschaftspolitik, die die werktätige Bevölkerung ungeheuer belastet. Der Senat als Vater der bürgerlichen Blockpolitik richtet an der Volksgesundheit Unheil über Unheil an. Systematisch werden alle Verbesserungsanträge auf Schonung der Minderbemittelten vom Bürgerblock abgelehnt. Durch die kurzfristige Interessenspolitik wird der Volkseuche Lungentuberkulose immer stärker Vorschub geleistet. Nicht das hauptsächlichste Heilmittel, soll nach dem Ausspruch des deutschen nationalen Präsidenten, die in diesem Winter auf 4 Mark pro Liter zu stehen kommen. Und die Wirkung dieser Preispolitik? Lohn- und Gehaltserhöhungen folgen den gesteigerten Lebensmittelpreisen erst in wochen- ja monatelangen Abständen nach und auch dann nur unzulänglich und häufig nach harten entbehrungsreichen wirtschaftlichen Kämpfen. Wenn der Senat, die bürgerlichen Abgeordneten und Arbeitgeber nicht endlich das erforderliche Maß von Einsicht aufbringen und einen anderen Kurs einschlagen, so wird durch die kurzfristige und zugleich gefährliche Interessenspolitik mehr Schaden angerichtet als zwei Heilstätten gut machen können. Die ärztliche Tätigkeit muß eine Sisyphusarbeit bleiben und alle Kräfte werden an dem wachsenden Elend sein Jota ändern. Darum greife ich an dem ehrlichen Willen der Mehrzahl der Unterzeichneten des Klusses, wirklich ernste und durchgreifende Arbeit zur Bekämpfung der Lungentuberkulose zu leisten. Es hat den Anschein, als ob das böse Gewissen über die bisher geübte falsche Politik die Triebfeder des Handelns ist.

Und dann die Art der Aufbringung der erforderlichen Mittel. Nachdem die Erhebung einer Vermögenssteuer abgelehnt ist, verlegt man sich auf den sozialist konzentrierten Bittel, welcher seinen Anfang mit einer Theaterveranstaltung nahm, einem Moshengesang mit „Deutschland über alles“ seine Fortsetzung fand und von dem man noch nicht weiß, welche Robenschau den Schluss machen wird. In der Zwischenzeit werden einige Bars und Weinbieren einen Pazar, bei Tanz und Sektelagen und sonstigen Einlagen arrangieren. Die glücklichen Besitzer von Mouten haben dann wieder einmal eine Gelegenheit sich gegenseitig anzuschauen und bei diesen Zigaretten gegenseitig ihre „soziale Gesinnung“ zu beteuern, um nebenbei auch ein bisschen über die Begehrtheit der Arbeiter und Arbeiterinnen zu zerkeln. Neben ehrlich fühlenden Menschen muß die Schamröde ins Gesicht kriegen, wenn er hört, unter welchen Voraussetzungen so hohe Kulturleistungen finanziert werden müssen, weil die Vertreter der Besessenen es ablehnen, den Volk angelegenen zur Tragung der allgemeinen Lasten heranzuziehen. Darum muß diese Bekämpfung der Tuberkulose ein Elendwerk bleiben, weil der ernstliche Wille fehlt.

Zu dem beachtenswerten Artikel des Herrn Dr. Essler als Beilage zur Heilstätte Jenkau werde ich eine Reihe wirklich guter praktischer Wege geriet, der Suche zu steuern. Herr Dr. Essler regt an, daß die Aufklärung schon in den Schulen einsetzen müßte. Ganz meine Ansicht. Jedoch darf dieses nicht auf Kosten des Elementarunterrichtes erfolgen, sondern statt der üblichen fünf Religionsstunden pro Woche könnten ein bis zwei Stunden sehr gut für den hygienischen Aufklärungsunterricht freigemacht werden. Eine derartige Erweiterung des Unterrichtsplanes würde einen bleibenden Wert haben und höher zu veranschlagen sein, als die diesen auswendig gelerntes Bibel- und Gesangbuchwerke. Letztere haben für das praktische Leben keinen Wert und werden nach einigen Jahren der Schulentlassung so wie so vergessen. Dagegen ist die Gesundheitslehre ein Gebiet, auf dem das Wissen nach der Schulentlassung in praktischen Leben erst recht zur vollen Geltung kommt. Die Gefahren der Gewerbe- und Berufskrankheiten werden energischer bekämpft, die Volksgesundheit und damit die Schaffenskraft des einzelnen erhöht. Aber so klar und einleuchtend der Weg ist, wird auch dieser auf dem Ohr des Bürgerblockes ungehört verhallen. Hoffentlich werden die sozialdemokratischen Abgeordneten die Probe aufs Exempel machen und dann wird sich bald zeigen, ob es den Verhältnissen mit der Bekämpfung der Tuberkulose-Seuche nunmehr etwas ernster ist, als bisher, wo sie durch ihre falsche Politik der Volksausplünderung der Lungenkrankheit nur den Weg geebnet haben.

Arbeiter-Ausbildungsausschuss. Donnerstag, den 20. Oktober, abends 7 Uhr, beginnt der Kursus: Wesen und Geschichte der Religion. Vortragender: Herr W. Siegmeyer. Vortragort: Sitzungssaal der Gewerkschaften, Fehrlins-Platz 1/2. Karten zum Preise von 5 Mark sind in den Verkaufsstellen der „Volksstimme“, in den Gewerkschaftsbüros, Fehrlins-Platz, im Parteibüro, 4. Danzig 7, 8 Tr., und an der Abendkasse zu haben.

Unerschrocken. Die Hausbesitzer sind mit den bisherigen Mietssteigerungen nicht zufrieden. In einer am Sonnabend abgehaltenen Versammlung des Danziger Haus- und Grundbesitzervereins kam erneut der Wunsch nach weiteren erheblichen Mietssteigerungen zum Ausdruck. Der von den Hausbesitzern an den Senat gestellte Antrag, die Wohnungsmieten um 100 Prozent zu erhöhen, ist bisher nicht beantwortet worden. Der Syndikus des Hausbesitzervereins verlangte in der Versammlung den Abbau der Wohnungszwangswirtschaft. Der Stadtsaufseher Röß stellte sogar das Verlangen, die Mieten in der 34-fachen Höhe der Vorkriegszeit festzusetzen. Ob dieser freundliche Herr sich wohl über die Folgen seiner Forderung klar ist? Die Belastung der Arbeiterschaft ist jetzt schon unerträglich, und man soll sich hüten, es zum Äußersten zu treiben.

Wilhelm-Theater. Dienstag findet wiederum ein großes Konzert der Schuppottzei-Kapelle unter persönlicher Leitung des Obermusikmeisters Ernst Sieberitz statt, wozu ein außerordentliches Programm aufgesetzt ist. Nach dem Konzert findet Ball statt.

Sechs Danziger Niederung. Die Entstellung ausländischer Saisonarbeiter ist auch für das kommende Wirtschaftsjahr von einer Prüfung und Genehmigung abhängig. Die Arbeitgeber haben bis spätestens am 1. Dezember den Bedarf an ausländischen Arbeitern anzugeben. Zum gleichen Termin ist eine Uebersicht über die Erwerblosigen in der Landwirtschaft bei dem Landrat einzureichen. Die Ortsvorsteher haben darüber zu wachen, daß nur den genehmigten Anträgen entsprechend ausländische Arbeiter eingestellt werden. Verträge dagegen sind sofort dem Landrat zu melden. — Wir empfehlen unsern Genossen, auf die Beschäftigung ausländischer Saisonarbeiter ein Augenmerk zu haben, da die patriotischen Völker zum Schaden der Freistaatbewohner gern anstatt der hiesigen Arbeitslosen billigere Ausländer einstellen.

Die Weltseefahrt.

Wie viele andere Erwartungen haben sich auch die während des Krieges in der deutschen Öffentlichkeit gemachten Voraussagen über die spätere erwartende Entwicklung der Weltseefahrt nicht erfüllt. Es galt als eine feststehende Tatsache, daß als Folge der großen Schiffverluste und des gesteigerten Bedarfs nach Verdrängung des Krieges ein überaus starker Mangel an Schiffraum zu erwarten sei. Dies wurde um so sicherer in Aussicht gestellt, da mit aller Heftigkeit aus den Vereinigten Staaten von Amerika, aus England und Japan über den Umfang von Schiffneubauten als Bluff aufgeföhrt. Aber schon recht bald nach Friedensschluss zeigte es sich, daß nicht von einem Mangel an Schiffraum gesprochen werden konnte, sondern daß ein Zuviel zur Verfügung stand.

Um die Mitte des Jahres 1914 ist die Tonnage der gesamten Weltseeflotte auf 47 Millionen Brutto-Registertonnen eingeschätzt worden. Jetzt beträgt sie mindestens 55 Millionen Tonnen, ist vielleicht schon auf annähernd 60 Millionen Tonnen angewachsen. Insgesamt sollen während des Krieges 15 Millionen Tonnen Schiffraum verlorengegangen sein, aber allein in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien ist weit über diese Zahl neuer Schiffraum erbaut worden. Bei einer Betrachtung der neuesten Schiffstatistiken lassen vor allem zwei Merkmale in die Augen: die bisher ohne Beispiel bestehende Vergrößerung der Handelsflotte in den Vereinigten Staaten und eine Verringerung der deutschen Handelsflotte, die so gut wie eine Ausmerzung angesehen werden kann.

Als vor ungefähr zwei Jahrzehnten Morgan den Versuch machte, die Seefahrt auf dem Atlantischen Ozean unter seine Herrschaft zu bringen, hatte er sich auch zum Ziel gesetzt, in den Vereinigten Staaten die Verflechtung zu vertiefen und eine weltumspannende Schiffbauindustrie zu schaffen. Beide Versuche sind zur damaligen Zeit mißlungen, wohl hauptsächlich aus dem Grunde, weil sich die verträgliche Organisation der großen europäischen Schiffahrtsgesellschaften nicht ohne weiteres nachahmen ließ und dann auch, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Errichtung wirklich leistungsfähiger Werften damals in der Union wohl doch noch nicht gegeben waren. Die Kriegszeit brachte eine gewaltige Umänderung. In den Vereinigten Staaten wurden nun Werften errichtet und Schiffe gebaut in einem Tempo, wie man es bis dahin nirgends beobachtet hatte. Als der Krieg begann, konnte die Schiffstonnage auf 2 1/2—3 Millionen eingeschätzt werden, jetzt dürfte sie, die Schiffe auf den großen Seen noch gar nicht mit in Rechnung gestellt, mindestens 10 Millionen ausmachen. Deutschland hatte im Jahre 1914 eine Handelsflotte von mehr als 5 Millionen Tonnen; heute beträgt sie wohl kaum mehr als 700 000—800 000 Tonnen.

Großbritannien konnte während der Zeit von 1916 bis 1918 durch Neubauten und durch ausgelieferte deutsche Schiffe ersetzen, so daß der Stand von 1914 — rund 19 Millionen Registertonnen — wieder erreicht sein dürfte, aber die Verhältnisse haben sich doch sehr ungunstigen Großbritanniens geändert. Im Jahre 1914 stand das Verhältnis der ersten zur zweiten Handelsflotte — der englischen zur deutschen — wie 16:5, jetzt steht das Verhältnis der ersten zur zweiten Handelsflotte — der englischen zur nordamerikanischen — wie 19:10, vielleicht schon wie 19:11. Das heißt die amerikanische Handelsflotte im nächsten Jahrzehnt im gleichen Tempo entwickelt wie im letzten Jahrzehnt ist zwar unabweisbar, aber auch wenn in den nächsten Jahren in Nordamerika der Bau von Ozeanlinienschiffen nachläßt, muß Großbritannien doch damit rechnen, daß seine Handelsflotte nach und nach von der ersten Stelle verdrängt wird. Neben die Zustände in Europa wirtschaftlich so ungeheuer und politisch so kulturell, wie sie es jetzt sind, so wird dieser Zeitpunkt sogar verhältnismäßig rasch eintreten. Dann bleibt die britische Handelsflotte nur noch so lange an erster Stelle, wie die Verwendungszeit der jetzt in englischen Besitz befindlichen Schiffe anhält. Für Neubauten an Stelle von Schiffen, die außer Dienst gestellt werden müssen, dürfte in einem gerüttelten Europa das Bedürfnis immer geringer werden.

Eine starke Vermehrung seiner Handelsflotte und deren Leistungsfähigkeit sowie die Vergrößerung seiner Werften hat auch Japan erreicht. Die japanische Handelsflotte hat sich verdoppelt von 1,7 Millionen Tonnen auf mehr als 3 Millionen Tonnen. Dabei hat Japan noch für einige hundert Millionen Yen Schiffe, die auf japanischen Werften erbaut worden sind, in Ausland verkauft. Der Handelsflottenbestand der britischen Dominions, der jetzt auf 2 Millionen Tonnen beziffert werden kann, hat sich in den letzten Jahren um etwa 400 000 Tonnen vergrößert, Frankreich und Italien konnten ihren Besitz an Schiffen aus deutschen Fahrzeugen erweitern. Die französische Handelsflotte dürfte jetzt gegen 8 Millionen, die Italiens ungefähr 2 Millionen Tonnen ausmachen. Norwegen mit ungefähr 2 Millionen Tonnen hat gegen die Vergrößerung eine kleine Verminderung aufzuweisen. Die spanische Handelsflotte mit rund 1 Million Tonnage zeigt gegen früher eine nicht unbedeutende Vergrößerung, und Griechenland hat die Tonnage seiner Handelsflotte um rund 200 000 erhöht. Eine Vergrößerung um 300 000 Tonnen ist weiter in Holland erreicht worden. Die Gesamtzahl der holländischen Tonnage kann mit 1 1/2 Millionen beziffert werden.

Die Tonnage allein gibt freilich noch keinen Vergleichswert ab über die Leistungsfähigkeit der Handelsflotte in den einzelnen Ländern. Es kommt viel mit darauf an, wie das zahlenmäßige Verhältnis der Dampferflotte zu der weniger leistungsfähigen Seglerflotte ist, ob die Schiffe von jüngerer oder älterer Bauart sind, ob die Flotte hauptsächlich aus kleineren oder großen Schiffen besteht, ob die Linienreedereien — die Seefahrt auf festen Routen überwiegend usw. Am wenigsten einheitlich ist die britische Handelsmarine. Dort sind noch alte Schiffe in großer Zahl anzutreffen, die Zahl der kleinen Fahrzeuge ist nicht gering, und neben der Linienreederei gibt es viele „Trampschiffe“, Schiffe, die auf keiner festen Route laufen, sondern je nach Gelegenheit Güter nach den verschiedensten Häfen verfrachten. Die größte Einheitlichkeit und die beste Organisation vor dem Krieg zeigte zweifellos die deutsche Handelsflotte. Heute können die nordamerikanischen und die japanische Handelsflotte als die Handelsmarine mit den meisten neuzeitlichen Schiffen angesehen werden. In Nordamerika ist namentlich der Reichen- oder Typenbau eingeführt worden. Die Werften erhalten nicht Aufträge für einzelne Schiffe, sondern es wird gleich eine ganze Anzahl Schiffe von genau der gleichen Bauart, Größe, inneren Einrichtung usw. bestellt. Nur so konnte die

erkaufliche Verfügungsbefugnis der amerikanischen Werften in den letzten Jahren erreicht werden.

Mährend der Kriegszeit sind in der ausländischen Schifffahrt, namentlich in der britischen, japanischen, amerikanischen und norwegischen, ganz außerordentlich hohe Gewinne gemacht worden. Die Frachtkosten erreichten zeitweise eine Höhe, daß eine einzige Tonne Getreide, um die Anschaffungskosten der Schiffe zu decken. Bei den englischen Reedereien wurde das bis dahin größte Gewinnjahr 1912 weit übertroffen. Im Jahre 1916 betrug der Gewinn bei den englischen Schifffahrtsgesellschaften, deren Geschäftsergebnisse bekannt geworden sind, weit über 40 Prozent. Dabei waren schon Abschreibungen abgezogen worden, die für das eine Jahr mehr als 20 Prozent des Anlagekapitals ausmachten. In besonderer Weise haben es die japanischen Reedereien verstanden, ihre Unternehmungen in die Höhe zu bringen. Nachdem den beiden großen deutschen Gesellschaften die Schiffe genommen sind, gehört die Nippon Yusen Kaisha mit in die Reihe der größten jetzt bestehenden Schifffahrtsgesellschaften. Sie verfügt über 100 Dampfer mit rund 500 000 Tonnen und kann sich mit den großen englischen Schifffahrtsgesellschaften in eine Linie stellen. Außerdem bestehen noch zwei japanische Gesellschaften, die Osaka Shosen Kaisha und die Nohbun Kaisha, die beide den großen englischen Schifffahrtsgesellschaften ziemlich nahegerückt sind. Auch die kleinen japanischen Reedereien zeigen sich sehr rührig.

In der deutschen Handelschifffahrt, die infolge der Bestimmungen des Friedensvertrages fast völlig vom Meere verdrängt ist, zeigen sich seit einigen Monaten wieder Anzeichen der Sammlung und der Neuorganisation. Hamburg-Amerika-Linie und Bremer Vulkan haben mit amerikanischen Gesellschaften — die Hamburger Gesellschaft mit dem Harriman-Konzern, die Bremer mit der United States Mail Steamship Company — Verträge abgeschlossen, die den deutschen Gesellschaften wenigstens den dringenden notwendigen Schiffsraum zusichern. Dadurch konnte die deutsche Umtriebschifffahrt in beachtlichem Umfang, wenn auch mit fremden Schiffen wieder aufgenommen werden. Soeben ist unter finanzieller Beteiligung einer rheinischen Montanergemeinschaft der Zusammenschluß der beiden Hamburger Linienreedereien „Rossmo“ und der Deutsch-Australischen Dampfschiffahrtsgesellschaft zu einer Unternehmungsgemeinschaft erfolgt. Weitere Zusammenschlüsse dürften nicht ausbleiben. Vor dem Kriege waren in der deutschen Handelschifffahrt 75 000 und auf den deutschen Handelschiffwerften 100 000 Personen beschäftigt, die Einnahmen der deutschen Schiffsreederei wurden jährlich auf 1000 bis 1200 Millionen Mark eingeschätzt. Heute ist die weitläufigste Zahl der Matrosen, Geizer usw. abgestrichen, und die Einnahmen der deutschen Reeder, in Goldmark umgerechnet, würden eine verhältnismäßig recht unbedeutende Summe ergeben.

Auch wenn man die Zukunft der deutschen Schifffahrt nicht so pessimistisch beurteilt, wie dies gemeinhin geschieht, wird man doch kaum annehmen dürfen, daß die deutschen Schifffahrtsunternehmungen in den nächsten zehn Jahren im Verhältnis zu den Reedereien in Amerika, Großbritannien und Japan viel bedeuten werden. Zunächst dürfte der Tonnageüberschuß noch für längere Zeit bestehen bleiben. Dann haben sich in Hamburg viele fremdländische Schifffahrtsgesellschaften festgesetzt, die den deutschen Linien Konkurrenz machen. Schon allein der Umstand, daß der starke Auswandererverkehr nach den Vereinigten Staaten kaum wieder einkehren wird, muß die Entwicklungsmöglichkeit der deutschen Linienreedereien stark beeinträchtigen. Zum weitläufigsten Teil hängt aber die Zukunft der Handelschifffahrt, und nicht nur der deutschen, sondern aller Schifffahrt treibenden europäischen Völker davon ab, wie sich in unserem Erdteil die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse gestalten. Ein Jahrzehnt weiterer Unruhe in den europäischen Ländern bedeutet auch den allmählichen Verfall der Handelsflotten, über die die verschiedenen europäischen Völker verfügen.

Albin Michel in der „Blode“.

Verfassungen.

Eine Versammlung der Behördenangestellten

Der bei dem Zentralverband der Angestellten sowie dem Bund der technischen Angestellten und Beamten organisierten Angestellten fand am Donnerstag hier Nachmittags eine Versammlung der Gewerkschaftsbeamten über Tarifverhandlungen des Senats wurde folgende Resolution angenommen:

Die am 18. Oktober in der Petrusdiele zahlreich versammelten Angestellten des Senats, die im Zentralverband der Angestellten und dem Bund organisiert sind, erheben folgende Forderungen: 1. Der Tarifvertrag muß bis zum 1. November 1921 derart abgeschlossen sein, daß die Angestellten bis zu diesem Tage in den Genuss des erhöhten Gehaltes sind. 2. Das Überstundenarbeiten nur in dringenden Fällen bei entsprechender Vergütung gemacht werden dürfen; bei fortlaufenden Überstunden sind arbeitslose Kollegen einzustellen. 3. Die Anrechnung der Dienstzeit hat zum mindesten nach dem Reichsarbeitsgesetz zu erfolgen. 4. Sollte es technisch unmöglich sein, bis zum 1. November 1921 die Auszahlung des neuen Gehaltes zu erwirken, so ist den Angestellten (verheiratet oder unverheiratet) ein Vorschuß von 1000 Mark zu gewähren. Sollte dieser Vorschuß

Die Hauschaft.

In dem Wohnungsproblem ist die Arbeiterschaft nach zwei Richtungen hin äußerst stark interessiert, einmal, weil sie selbst dringend vermehrten Wohnraum benötigt, zweitens weil sie Arbeit für die arbeitslosen Bauhandwerker und Hilfsarbeiter schaffen muß. Hinzu kommt die Tatsache, daß die größte Zahl der Mietschläger dem häuslichen Verfall unterliegt, weil die Hausbesitzer infolge ungenügender Lieberhände aus der Vermietung von Wohnräumen die notwendigen Instandsetzungsarbeiten nicht ausführen lassen können. In zahllosen Wohnungs- und Heimstätten-Ausschüssen und Kommissionen berät man seit langem das Wohnungsproblem, ohne daß es zu positiven Schritten bislang gekommen ist.

Das Wohnungsproblem sieht unter Zwangswirtschaft, die Höhe der Mieten ergibt sich nicht aus dem Verhältnis von Angebot zu Nachfrage. Würde die Zwangswirtschaft fallen, dann würden die Mieten so hoch steigen, als die Kaufkraft der Mieter es irgend erlaubt, die Wohnungen würden meistbietend versteigert. Steigen die Aufwendungen für Miete, dann muß dieser Mehraufwand durch Verzicht auf die Befriedigung anderer Bedürfnisse gedeckt werden.

Im Wachen als auch zur Instandhaltung der vorhandenen Häuser sind gewaltige Geldmittel erforderlich, für deren Aufbringung gesorgt werden muß. Zwei Wege gibt es, einmal die Aufbringung durch das private Kapital, zweitens die Aufbringung als soziales Kapital. Soziales Kapital entsteht durch Verteuerung der Gesundheit. Wenn eine Stadt einen Wohnstätten-, Bauwesenrat usw. baut, so tut sie es mit sozialem Kapital, das sie entweder durch Steuern in voller Höhe aufbringt, oder daß sie sich leicht und mit Steuermitteln vertritt und nicht.

Am liebsten ist es möglich, die Mieten so zu steigern, daß sie auf die Höhe derjenigen kommen, die für neu zu bauende Häuser ge-

Durch die Nachzahlung nicht gedeckt sein, so ist derselbe in Katen bis zum 1. April 1922 zu decken.“

Der 2. Bezirk des Sozialdemokratischen Bezirks-Danzig-Stadt hielt am 14. Oktober in der Gewerkschafts-Haus seine Mitgliederversammlung ab. Genosse Dr. Bing hielt einen Vortrag über Einwanderung, Auswanderung und über die wirtschaftliche Lage. Aus demselben ist besonders folgendes zu bemerken: Nach der Begründungsansprache, die der Oberkommissar Lower bei seinem ersten Wirtstreffen hielt, zu urteilen, wurde die Hoffnung erweckt, daß der junge Freistaat Danzig goldenen Zeiten entgegenging. Dieses veranlaßte eine starke Einnwanderung von Ausländern, welche hofften, hier Geschäfte zu machen. Die hier am Orte herrschende Wohnungsnot wurde infolgedessen noch verstärkt. Die anfangs etwas steigende Konjunktur ließ infolgedessen eintretender politischer Schwierigkeiten, insbesondere äußerer Art, und verfehlter Maßnahmen des Senats nach und der Stand der wirtschaftlichen Verhältnisse hier im Freistaat wurde nach und nach höchst ungünstig. Besonders die Gebung der Industrie macht große Schwierigkeiten. Es sind daher auch viele Niederlassungen eingegangen oder einige sind bei Zeiten aufgehoben worden. Redner behandelte näher die Auswanderung über Danzig und kritisierte die ungeschickte Handhabung bei der Ausweisung von Personen. Es sei vor allen Dingen notwendig, daß die Regierung verucht einen festen Kurs einzuschlagen und nicht den bis jetzt üblichen Juck-Juck-Kurs weiter verfolgt. Mit der Aufforderung, daß die Arbeiterschaft die Zukunft Danzigs erörtere, schloß der Redner den mit Beifall aufgenommenen Vortrag. Demselben schloß sich eine rege Diskussion an. Vom Genossen Marquardt wurde sodann die Abrechnung vom 3. Quartal erstattet. Ein Antrag auf Entlastung des Kassierers wurde angenommen. Gen. Hoolei erläuterte den neuen Entwurf des Parteistatuts, dem nach einigen Änderungen zugestimmt wurde. In Delegierten für den nächsten Parteitag werden die Genossen Blum und Vehn gewählt. Eine Besprechung über Wohnungsfragen, Festlegung der Hochmieten durch den Senat, über die neugegründete Volkshöhne und über die Tuberkulose-Wache beschäftigte die Versammlung bis 10 Uhr abends.

Mein-Viehneuert. Der Sozialdemokratische Verein hielt am Sonntag seine Mitgliederversammlung ab, in der neben anderen Fragen auch Stellung zum Statut genommen wurde. Gen. Massow, Danzig, hielt einen erläuterten Vortrag und zeigte an Hand der einzelnen Punkte die Wichtigkeit der Statuten, die Gesetze gleichen, die wir uns selbst geben. Nach der Wahl eines Delegierten und eines Stellvertreters wurde die Versammlung durch Gen. Groß geschlossen.

Aus den Gerichtssälen.

Amtsuntererschlagung eines früheren Postbeamten. Die Sitzungen der gegenwärtigen Schwurgerichtsperiode werden voraussichtlich am Donnerstag ihr Ende erreichen, nachdem an diesem und dem vorangegangenen Tage gegen den Postler Dobinski aus Oliva in einer längeren Prandisierungsangelegenheit verhandelt ist. Montag hatten die Geschworenen über eine beim hiesigen Postamt 5 begangene Straftat zu verhandeln. Wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung hatte sich der frühere Postgehilfe Erich Schülle von hier zu verantworten. Der Angeklagte behauptete, durch verfehlte Spekulationen beim Briefmarktenhandel, Verlust von Marken sendungen in Deutschland in einem Verlust von 5000 Mk. geraten zu sein. Er sei schwer lungenkrank und habe aus diesem Grunde besonders kräftiger Nahrung bedurft. Hierzu habe sein Gehalt nicht ausgereicht, er er auch noch seine Eltern unterstützen mußte. Diese Gründe hätte ihn veranlaßt, den verunglückten Briefmarktenhandel zu unternehmen. Der Angeklagte ist durch seine Teilnahme an Kriege in seiner Gesundheit stark beeinträchtigt. Um den bei dem verunglückten Briefmarktenhandel erlittenen Verlust auszugleichen, ohne seine Lebenshaltung ändern zu müssen, ließ sich Schülle von einem Zoppoter Kollegen 5000 Mk. gegen Zinsen. Da er vom Versorgungsamt als Kriegsschädigter eine größere Geldsumme zu erwarten hatte, so rechnete er bestimmt damit, das gefundene Geld davon zurückzahlen zu können. Der Kollege, von dem er das Geld geliehen, wollte aber darauf nicht warten und bedrängte Schülle so hart, daß sich dieser keinen Rat mehr räumte, zu Unterschlagungen von amtlichen Geldern hinreißten ließ, und diese durch falsche Eintragungen in die Bücher verdeckte. Auf diese Weise vermochte er schließlich den ihn drängenden Gläubiger zu befriedigen. Im Wachen hatte der Angeklagte etwa fünfzehn Mal derartige Schenkungen vorgenommen, als es ihm gelang, das fehlende wieder aufzutreiben. Am 5. März vormittags deckte er davon den fehlenden Betrag, so daß weder die Post, noch die Absender der Geldbeträge einen Schaden erlitten. Unglücklicherweise für Schülle über kam die Sache am Nachmittag des gleichen Tages zur Kenntnis seiner vorgesetzten Behörde, weil sich in Folge der Zurückhaltung eines eingezahlten Betrages die Auszahlung an den Empfänger verzögerte und letzterer bei der Behörde Beschwerde erhob. Eine sofort vorgenommene Revision der Rasse und Bücher ergab, daß ein Fehlbetrag in ersterer nicht vorhanden, die Unregelmäßigkeiten der Eintragungen trugen jedoch zur Aufdeckung der Angelegenheit bei. Der die Anlage vertretende Staatsanwaltschaftsrat Kanow beantragte, den Angeklagten schuldig zu sprechen, stellte jedoch die Berücksichtigung mildernder Umstände anheim. Der Angeklagte bemerkte zum Schluß, daß er keine Unter-

schlagung beabsichtigt habe und nur durch die unglückliche Verteilung von Marken zur Begehung der Straftaten veranlaßt sei. Die Geschworenen sprachen Schülle im Sinne des Antrages des Staatsanwaltes schuldig, worauf der Gerichtshof ihn zu neun Monaten Gefängnis verurteilte.

Ein Waggon Paraffin erschwindelt. Einen ganzen Waggon mit Paraffin im Werte von circa 60 000 Mark gestohlen und verschleppt haben zwei Angestellte Danziger Firmen und der Kaufmann M. aus Langfuhr. Das Alibi ist dabei in folgender Weise bewiesen gegangen. Nachdem der fragliche Waggon Mitte September 1921 auf dem Weichselbahnhof für eine hiesige polnische Handels-gesellschaft eingelassen war, wurde er von einem Angestellten dieser Gesellschaft durch Ausstellung eines neuen Frachtbriefes nach dem Güterbahnhof Begegor umdirigiert. Dort wurde er von einem Helfershelfer in Empfang genommen und an den oben erwähnten Kaufmann M. für circa 30 000 Mark verkauft. Letzterer gab ihm für 48 000 Mark an einen hiesigen Kolonialwarenhändler weiter und dieser verkaufte ihn durch Vermittlung eines Agenten für circa 46 000 Mark an eine Zoppoter Kerzenfabrik. Die Täter sind mit Ausnahme des M., der flüchtig ist, in Haft genommen.

Aus aller Welt.

Wegen Mittermord zum Tode verurteilt. In ein moralisch und seelisch ans Bestialische grenzendes Gemütsleben leuchtete eine Verhehlung, die das Landberger Schwurgericht beschäftigte. Die Anklage richtete sich gegen den 15-jährigen Dienstjungen Walter Dippel, die Ehefrau Anna Zoppik, den landwirtschaftlichen Arbeiter Paul Zoppik, sämtlich aus Alt-Beesth. Aus schänder Habitus hat die Angeklagte Anna Zoppik, des schwersten Verbrechens auf sich geladen, den Mittermord. Um sich in den Besitz des mittermörderischen Erbteils zu setzen, hat die Frau mit Unterstützung ihres Mannes und des Vaters, mit dem sie bei einem Bauer zusammen arbeitete, ihre 68-jährige Mutter, die sich wieder verheiraten wollte, zunächst verurteilt zu vergiften und als das nicht gelang, sie in brutalster Weise erstickt und erschlagen. Die Geschworenen besahen nach längerer Beratung bei beiden Eheleuten die Schuldfragen auf ver-fählicher Nord. Das Gericht verurteilte darauf beide Angeklagten wegen Mordes und versuchten Mordes zum Tode. Der jugendliche Vintow wurde freigesprochen. Die Verurteilten nahmen ihr Urteil gefaßt auf.

Ein dreifacher Mittermord. In Oebisfelde wurden die drei Söhne Karl, Otto und Wilhelm des Eisenbahnmaschinenpuffers Robert Winkler, die im Alter von 3, 6 und 7 Jahren leben, in ihren Betten ermordet aufgefunden. Die Kinder hatten die Schürze einer Klingel um den Hals gebunden. Neben den Täten und den Anlaß zur Tat fehlen noch nähere Einzelheiten.

Zuchthausstrafe für einen französischen Hauptmann. Der angeblich ehemalige französische Hauptmann Antoine Maurel, der in Wahrheit Charles Gremillet heißt, stand vor dem Berliner Schwurgericht. Der Angeklagte kam in ein Zuchthaus und ließ sich von der anwesenden Ehefrau des Geschäftsinhabers ein kostbares Brillantkollier vorlegen. Er gab dann plötzlich der Frau einen Schlag ins Gesicht, entriß ihr den Schmuck und einen Ring und lief, so schnell er konnte, davon. Er wurde ergriffen. Vor Gericht gab er über sein Vorleben und seine militärische Laufbahn, seine weiteren Erlebnisse in den verschiedensten Teilen der Welt und speziell in Berlin eine sehr abenteuerlich klingende Schilderung. Anfang Februar habe er eine Schauspielerin kennengelernt, mit der er etwa drei bis vier Wochen lang ein Verhältnis unterhalten habe. Daraus seien ihm große Kosten entstanden. Schließlich sei er völlig mittellos geworden und will sogar direkt Hunger gelitten haben. Da sei ihm der Gedanke gekommen, etwas zu machen, um die Aufmerksamkeit der Polizei auf sich zu lenken und auf diese Weise wieder nach Frankreich zurückbefördert zu werden. Der Staatsanwalt beantragte 2 Jahre Zuchthaus. Der Gerichtshof ging aber über diesen Antrag noch hinaus. Es handle sich, so führte der Vorsitzende aus, um eine ungeheuer freche Tat. Die Tat, in die der Angeklagte geraten sei, könne mildernd nicht in Betracht kommen, denn er habe sie durch eigene Schuld, durch sein leichtsinniges Leben, verursacht. Das Urteil lautete auf 3 Jahre Zuchthaus, unter Anrechnung von 7 Monaten Untersuchungshaft, und 5 Jahre Ehrverlust.

500 Litörstuben eröffnet — 1000 Badeanstalten geschlossen! Nach Feststellung des Oberverwaltungsgerichtes Dr. Wegmann (Berlin) sind innerhalb weniger Monate allein in Berlin mehr als 500 Litörstuben eröffnet worden. Wertwürdig paßt dazu eine andere Nachricht, daß die wirtschaftliche Not dazu zwang, 1000 deutsche Badeanstalten zu schließen! So sieht es aus mit der Hebung der Volksgesundheit!

fordert werden müssen. Dann wird eine „freie“ Bauwirtschaft wieder möglich. Aber die Aufbringung dieser vielleicht um das Fünf- bis Sechsfache erhöhten Mieten erfordert ungeheure Einkommenssteigerungen der Mieter, während die Hausbesitzer diese Beträge als Mehreinkommen einstecken könnten.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund hat sich mit dem Wohnungsproblem eingehend befaßt und das Ergebnis der Untersuchungen in einer Schrift Richtlinien zu einem Gesetz über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Wohnungswesens (Preis 7 Mark) veröffentlicht.

Dieses Gesetz soll die freie Wohnungswirtschaft aufheben und die Gemeinwirtschaft einführen auf folgendem Wege: Die Wohnungen und Gewerberäume eines Ortgebietes werden zu Hauschaften zusammengefaßt, mindestens 500 Wohnungen, höchstens 1000. Diese Hauschaften werden Selbstverwaltungskörper mit Aufsichtsratsführung, Aufsichtsrat und Generalversammlung und übernehmen die Verwaltung von 500 bis 1000 Wohnungen. Diese Hauschaften sollen nun Häuser und Boden gegen feste Rente oder Zinszahlungen den jetzigen Besitzern enteignen, also den Gesamtheit abnehmen, das Individualigentum am Hause aufheben. Aus den eingezogenen Mieten zahlt die Hauschaft den ehemaligen Eigentümern Rente und Tilgung. Die gesamten Reparaturen führt die Hauschaft selbst aus, sie zahlt die Steuern, Abgaben und Gebühren. Streitigkeiten zwischen den Mitgliedern schlichtet die Hauschaft.

Die Hauschaften werden zu Wohnungsverbänden zusammengefaßt. Viele Wohnungsverbände erheben nun von allen Hauschaftsmitgliedern Beiträge zur Bildung von Anteilen, die ein Recht auf eine bestimmte Quadratmeterzahl Wohnraum begründen. Auch die jetzigen haben Anteile zu übernehmen. Mittellose erhalten Freianteil. Beim Fortziehen aus dem Wohnungsverband werden die Anteile auf einen anderen Wohnungsverband

übertragen. Mit diesen aus den Anteilen gebildeten Kapitalen werden neue Wohnungen hergestellt.

Die Wohnungsverbände werden zu Landeswohnungsverbänden und diese wieder zu einem Reichswohnungsverband zusammengefaßt. Staat und Gemeinden haben nur die Aufsicht, sonst arbeiten die Selbstverwaltungskörper selbständig.

Von der gemeinwirtschaftlichen Verwaltung wird eine größere Wirtschaftlichkeit erwartet. Die Verwaltung der 500 bis 1000 Wohnungen soll nicht durch Laien, sondern durch Fachleute, Bau-techniker, erfolgen, die auch die Reparaturarbeiten mit einem eigenen Stab von Facharbeitern ausführen, die Mitglieder bei der Erparung von Brennstoffen durch rationellere Heizanlagen unterstützen usw. Die Erfolgswirtschaft kann gewährleistet werden durch den Wettbewerb der einzelnen Hauschaften um die besten Leistungen. Auf Grund der Erfahrungen der Baugenossenschaften, die mit 4 Prozent Verwaltungskosten ausgekommen sind, wird angenommen, daß auch die Hauschaften damit auskommen, während die privaten Hauseigentümer 5 bis 6 Prozent Verwaltungskosten sich berechnen.

Auf diesem Wege erfolgt also die Aufbringung von Sozialkapital unter Entlastung des Reiches bei einer Verteilung der Kosten nach der Leistungsfähigkeit, d. h. nach den Ansprüchen auf Wohnraum. Wenn auch die Verwaltung der Hauschaften und die Kapitalaufbringung zur Tilgung der Schuld an die ehemaligen Hausbesitzer und zur Ausführung von Neubauten Gehältern der Mieten zur Folge haben, so wird doch auf diesem Wege das gesamte Wohnungsproblem auf eine Grundlage gestellt, die eine großzügige Lösung des Problems ermöglicht. Die vom A.D.G. ausgesprochene Forderung ist die Wahl eines Mittels, das klar, einfach, durchführbar und praktisch anwendbar ist. Die gesamte Arbeiterschaft, gleichgültig welcher Parteistellung, sollte diese Forderung zu ihrer eigenen machen.

Höchstpreis für Butter und Verbot der Käseherstellung.

Vom Senat erhalten wir folgende Zuschrift: Der Senat hat beschlossen, dass vom 24. Oktober ab die Herstellung von festem Käse im Gebiet der Freien Stadt Danzig verboten wird.

Verbot der Herstellung von Butter in den Danziger Volkereien. Unter dem 17. Oktober hat der Senat eine Verordnung erlassen, auf Grund deren vom 22. Oktober an in gewerblichen Milchbetrieben der Stadt Danzig Butter nicht mehr hergestellt werden darf.

Ein Liter Milch 3 Mark!

Ununterbrochen steigt der Milchpreis. Kostete ein Liter im Frieden etwa 16-18 Pfg., so ist gegenwärtig der 17fache Preis erreicht. Für große Teile der Bevölkerung ist Milch zu einem Luxusmittel geworden.

Nun das eingetretene ist, was wir vorausgesagt haben, führt der Senat Höchstpreise für Butter ein; die Käseherstellung wird im Gebiete des Freistaats verboten, und Danziger Volkereien dürfen keine Butter mehr herstellen.

Wieder eine Anklage gegen einen Volksstabsabgeordneten. Der Generalstaatsanwalt beantragt beim Volksstabsgericht die Genehmigung zur Durchführung des Strafverfahrens gegen den Abgeordneten Kaschubowski wegen Heberzeugung des § 10 des Pressegesetzes.

Eine dringliche Vorlage des Senats zur heutigen Stadterordnetenversammlung beantragt, dass zur Sicherstellung der Wohnbarkeit der fünf Wohnungen des städtischen Grundstückes Genshuber Straße 49 in Genuß für den kommenden Winter 16 000 Mk. aus dem außerordentlichen der Grunderwerbsverwaltung bereitgestellt werden.

Eine Verzweiflungstat. Arbeitslosigkeit und gänzliche Mittellosigkeit trieben den 20 Jahre alten G. P. aus der Gutsengasse zu einem Selbstmordversuch. Schußbolz fand den jungen Mann blutend in einer Kasse am Wischberg.

Warnung. Das Eisenbahnkreuzen geht uns folgende Mitteilung zu: Ein ehemals bei der Freistadt-Eisenbahn beschäftigter Eisenbahnarbeiter, der Maurer K. R., wohnhaft Ranghauß-Beckener Weg 18, hat es auf die Wildblütigkeit seiner Mitmenschen abgesehen.

Techniker gesucht. Das Arbeitsamt sucht in der heutigen Nummer dieser Zeitung zur sofortigen Vermittlung Techniker mit Fachschulbildung zur Verwendung im öffentlichen Dienst.

Protest der vereinigten Verbände belmattreuer Oberlehrer in Danzig. Im Namen sämtlicher deutschgeprägten Oberlehrer im Freistaat Danzig wurde folgende Protestresolution an den Volksstabsrat in Genf, an die Reichsregierung und an den Reichstag in Berlin gesandt.

abgelehnt und diese Forderungen, die in der Reichstags-Debatte mit Deutschland hohes Ansehen erlangten, dementsprechend der Verleumdung ausgelegt werden.

Allgemeiner Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig.

Auf Beschluß der Delegiertenversammlung betätigt sich der Allgemeine Gewerkschaftsbund der Freien Stadt Danzig an der Gründung der Lungenschützle zu Jenkau.

Damit unseren Mitgliedern Gelegenheit gegeben wird, auch ein bescheidenes Scherlein für diesen Zweck zu stiften, gibt der Bundesvorstand Sammellisten heraus, die von dem Komitee der Heilstätte übernommen sind.

Der Vorstand des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes der Freien Stadt Danzig.

Elternabend der Jugend.

Dieser Abend legte Zeugnis ab von der erfreulichen Normwärtsentwicklung unserer Jugendbewegung. Er gab Kunde von dem frischen, fröhlichen Geist, der in der „Arbeiter-Jugend“ gepflegt wird.

Tanz und Stoff. „Der Seiffäbel“ mit dem Untertitel „Cocain“ heißt ein Stoff, der gegenwärtig im Schinkenhauscafé sich bemüht, dem ohnungslosen Hörer mit allerlei Stimulantien einen Nervenstich zu bereiten.

Polizeibericht vom 13. Oktober 1921. Gehten 20 Personen, darunter: 8 wegen Diebstahls, 5 wegen Sachbeschädigung, 11 in Polizeihast. — Obdachlos: 1 Person.

Oben. Der Arbeiterbildungsausschuss Ost- und Westpreußen hat zu einem Vortragstournee ein Mitglied und Mitarbeiter ein. Vortragender ist Gen. Dr. Hans Jähn.

Das Schauspiel „Die Fremde Frau“, ein französisches Drama von Gerhart Hauptmann, wird am 19. Oktober im Schauspielhaus aufgeführt.

Das Schauspiel „Die Fremde Frau“ bringt mit dem amerikanischen Film „Die Fremde Frau“, ein französisches Drama von Gerhart Hauptmann, wird am 19. Oktober im Schauspielhaus aufgeführt.

Das Schauspiel „Die Fremde Frau“ bringt mit dem amerikanischen Film „Die Fremde Frau“, ein französisches Drama von Gerhart Hauptmann, wird am 19. Oktober im Schauspielhaus aufgeführt.

Aus dem Osten.

Ein polnisches Kanonenboot in Memel. Zu einem kurzen Besuch in Memel ist das polnische Kanonenboot „General Haller“ eingetroffen.

Auf dem Graubauer Wochenmarkt am Sonnabend bot man das Pfund Äpfel mit 15-20 polnische Mark, die Birnen mit 20 bis 40 Mk. an.

Veranstaltungs-Anzeiger

- 1. Bezirk (Stadtviertel zwischen Wisl. Seiden u. Gutsengasse): Mittwoch, den 19. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, in der Aula, Heiligengasse 111: Bezirksversammlung.

Landesamt vom 18. Oktober 1921. Todesfälle: Arbeiter Kurt Beckhorn, 16 J., 3 W. — Jubilee Friedrich Bohl, 70 J., 3 W. — Witwe Marie Regier geb. Nisch, 68 J., 4 W.

Heutiger Devisenstand in Danzig.

Table with 2 columns: Devisenart (Polnische Mark, Dollar, Engl. Pfund, Franz. Franks, Schweiz. Franks) and Kurs (Ausgl. 4,30, am Vortage 3,00).

BORG Cigaretten advertisement featuring a logo and text: 'BORG Cigaretten 40 Stk.', 'J.L.M. 40 Stk.', 'L.A. 40 Stk.', 'L.A. 50 Stk.', 'L.A. 70 Stk.'.

Wahlergebnisse vom 18. Oktober 1921.

Table with 2 columns: Wahlbezirk (Jenisch, Genshuben, Diek, etc.) and Stimmenzahl (e.g., 0,28, 0,31, 0,23).

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: J. G. G. Danzig; für Inzerat Bruno Gwert in Danzig; und Verlag von J. G. G. Danzig.

Gosda Schnupftabak advertisement: 'Gosda Schnupftabak', 'variirt rein gebäckt', 'Fabrik: Julius Gosda, Hildesheim'.

Bewerkshafterliches.

Der Streik im Hamburger Buchdruckerverbe. Am Sonntag abend nahmen überfüllte Versammlungen der Buchdrucker, Hilfsarbeiter und Druckereibuchbinder Stellung zu dem Verhandlungsergebnis. Während die Verhandlungskommission für die Annahme des Ergebnisses eintrat, schloß es auch nicht an Stimmen, die für keine Ablehnung eintraten. Bei der Abstimmung stimmten mit 2694, mit Nein 744; ungültig waren 28 Stimmen. Das neue Abkommen bringt den Hamburger Buchdruckern Gleichstellung mit Berlin (eine dauernde einseitige Zulage von 8 Mark) und für die nächsten sechs Wochen eine Sonderzulage von 210 Mark, zahlbar in drei Raten à 70 Mark. Für Buchbinder gilt diese Sonderzulage bis zum Abschluß eines neuen drücklichen Abkommens. Die Arbeit wurde am Montag wieder aufgenommen. So ist der Kampf der arbeitslosen Arbeiter und Arbeiterinnen nach 14 tägiger Dauer mit einem Teilerfolg beendet.

Ein interessanter Versuch der französischen Bergarbeiter. Unter Leitung des französischen Bergarbeiterverbandes ist in Frankreich eine kleine Aktiengesellschaft gegründet worden für die Ausbeutung eines Schieferbruchs. Die Unternehmung soll lediglich dem Zweck dienen, daß die Bergarbeiter Erfahrungen über die Betriebsleitung, die Produktionskosten usw. gewinnen, um diese für die allgemeine Bewegung zu verwenden. Sie wollen auf diese Weise erfahren, was die Produktion den Unternehmern tatsächlich kostet und was sie von diesen bei den Verhandlungen verlangen können. Die beschäftigten Arbeiter sind nicht Aktionäre, auch handelt es sich hier nicht um eine Gewerkschaft.

Gewinnbeteiligung in England. Das Organ des Arbeitsministeriums, „Labour Gazette“, veröffentlicht die diesbezüglichen Daten für 1920. Es besteht in England gegenwärtig bei insgesamt 211 Unternehmungen eine Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten in Form von baren Auszahlungen und Kleinaktien; von

diesen ist allein in den letzten zwei Jahren in 89 Betrieben das System eingeführt worden. Die Zahl der in Betrieben mit Gewinnbeteiligung beschäftigten Arbeiter beträgt 300 000. Die hier in Frage kommenden Unternehmungen sind in erster Linie Gießereien (33), Maschinen-, Schiffbau- und Metallwerke (20), Handelsgeschäfte (29) und Textilindustrien (25). Die ausbezahlte Gewinnbeteiligung beträgt auf den Kopf berechnet etwas weniger als 10 Pfund und durchschnittlich 6,3 Prozent des empfangenen Arbeitslohnes. Die Wirkungen der Wirtschaftskrise sind jedoch in diesen Zahlen noch nicht berücksichtigt, da die Gewinnbeteiligung immer unter Zugrundelegung des vergangenen Jahres berechnet sind. Die Gewerkschaften haben eine wohl begründete Abneigung gegen das System der Gewinnbeteiligung.

Vermischtes.

Hans Hudebeln auf Reisen. In Kreienzen, dem großen Umsteigebahnhof der Strecke Braunschweig—Holzminden und Hannover—Kassel, spielt folgendes nette Erlebnis. Unglaubliches Pech hatte ein Reisender, der dieser Tage den hiesigen Bahnhof berührte. Bei seiner Ankunft in Kreienzen mußte er feststellen, daß er in Harriehausen seine Brieftasche mit über 800 Mark am Schalter hatte liegen lassen. Ein Beamter sah ihm, da er von allen Mitteln entblößt war, Geld für ein Telegramm an den Bahnhof Harriehausen, von wo dann auch nach kurzer Zeit die Nachricht eintraf, daß die Tasche gefunden sei. Der Reisende ließ sich nun das Fahrgeld nach Harriehausen, um die Tasche zu holen. Mit dem nächsten Zuge kam er zurück, froh, seine Tasche wieder erhalten zu haben, gleichzeitig aber wieder aufs neue betrübt, denn er hatte nunmehr seinen Karton mit Lebensmitteln und Wäsche in Harriehausen stehen gelassen. Während er nur dem betreffenden Beamten auf dem Bahnsteig das gefundene Geld zurückerstattete und ihm sein Mißgeschick klagte, fiel ihm ein Geldpäckchen von 500 Mark auf die Erde. Dies wurde indessen von einer vorübergehenden jungen Dame bemerkt und ihm zurückgegeben. Und als der Herr dann der Dame seinen Dank aussprach und mit ihr und seinem gewesenen Mißbeglückten einige Worte wechselte, fuhr unterdessen der Zug ab, in dem er auch noch seinen Regenschirm hatte stehen lassen.

Das Ende der Perlenfischerei. Wie aus Sydney berichtet wird, hat die Perlenfischerei, früher eine der Hauptindustrien der Südküste, gegenwärtig schlimme Tage zu überleben. Der australische Perlenkönig James Clarke in Brisbane wies bei einer amtlichen Untersuchung der Lage darauf hin, daß auf der Sommerinsel alle Perlenfischboote ausgelegt sind und daß in Broome in Westaustralien nur noch hundert Boote statt der früheren vierhundert arbeiten. Als eine der Ursachen, weshalb der Perlenhandel jetzt so danteberiegt, führte Clarke die Entdeckung eines Japaners an, der künstliche Perlen herzustellen vermag. Im Mai waren die ersten Meldungen darüber bekannt geworden, daß japanische künstliche Perlen auf den Markt gebracht wurden, und daß es auch bei der sorgfältigsten Prüfung durch die Sachverständigen nicht möglich war, diese künstlichen Perlen von den echten zu unterscheiden. Die künstlichen Perlen erlangt man durch Einführung einer Samenperle unter die Leber einer Kuster, die dadurch gereizt wird und sie mit Perlmutter zu überziehen beginnt. Die Kuster wird darauf zu ihrem Bett zurückgebracht, und die Größe der nun wachsenden Perle hängt von der Länge der Zeit ab, die man sie dort läßt. Die künstlichen Perlen werden zu viel niedrigeren Preisen verkauft wie die natürlichen, und das Ergebnis ist, daß der Perlenmarkt der ganzen Welt in einen chaotischen Zustand geraten ist.

Ämliche Bekanntmachungen.

Öffentliche Kirchensteuerermahnung.

Die rückständige Kirchensteuer für das Steuerjahr 1921 — 1. April 1921 bis 31. März 1922 — ist bis zum 27. Oktober d. Js. an die Parochialverbandskasse, Frauengasse 6, Erdgesch., zu entrichten. Wir sind verpflichtet, Zahlungen, die bis dahin nicht geleistet sind, kostenpflichtig erheben zu lassen, und erinnern hierdurch, zur Vermeidung der Zwangseinzahlung, an pünktliche Zahlung.

Bei Zusendung auf bargeldlosem Wege oder durch die Post hat die Einzahlung unter genauer Bezeichnung des Abfindens und des Kirchensteuerjahres so rechtzeitig zu erfolgen, daß der Betrag spätestens am 27. Oktober d. Js. der Parochialverbandskasse zugeführt ist, widrigenfalls die Beitreibungskosten fällig werden.

Diese Bekanntmachung gilt als Mahnung im Sinne des § 7 der Verordnung betreffend das Verwaltungszwangsverfahren vom 15. November 1899. Mahnung des einzelnen Steuerpflichtigen erfolgt nicht.

Danzig, den 18. Oktober 1921. (5272)

Der Vorstand des Parochialverbandes Evangelischer Kirchengemeinden in Danzig und
Der Senat der Freien Stadt Danzig.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Dienstag, den 18. Oktober, abends 7 Uhr:
Dauerkarten C 2.

Der Freischütz

Romantische Oper in 3 Akten von Friedrich Schiller. Musik von Carl Maria von Weber. Neu in Szene gesetzt von Direktor Rudolf Schaper. Musikal. Leitung: Otto Selberg. Inspektion: Otto Friedrich.

Personen wie bekannt. Ende 10 Uhr

Mittwoch, abends 7 Uhr: Dauerkarten D 2. „Die KönigsKinder.“ Musikmärchen in 3 Akten.

Donnerstag, abends 7 Uhr: Dauerkarten E 2. „Potash und Perlmutter.“ Komödie in 3 Akten.

Freitag, abends 7 Uhr: Dauerkarten A 1. „Die Jähtin.“

Sonntag, abends 7 Uhr: Dauerkarten B 1. Ermäßigte Preise. Neu einstudiert: „Die Hermannschlacht.“ Drama in 5 Aufzügen von Heinrich von Kleist.

Wilhelm-Theater

vereint mit dem Stadttheater Zoppot. Dir. Otto Norrmann

Heute, Dienstag, den 18. Oktober, abends 8 Uhr

Stieberitz-Konzert

Morgen, Mittwoch, d. 19. Oktober, abends 7 1/2 Uhr

Gastspiel des v. Jugendl. Helden

Ernst Deutsch

vom Staatstheater in Berlin.

„Der Sohn“

Drama in 5 Akten von Walter Hasenclever.

Vorverkauf im Warenhaus Gebr. Freymann, Kohlmarkt, von 10 bis 4 Uhr täglich und Sonntag von 10 bis 12 Uhr an der Theaterkasse. (5245)

„Libelle“

Täglich: Musik, Gesang, Tanz

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus.
gr. Saal, 10., 21. Oktober, 7.30 abends.

Gastspiel Evy Peter,
erste Solotänzerin der Staatsoper, Berlin

Dr. Paul Czinner und Dora Schläter

„Der Sektkübel“
(Cocain)

Sensationelle Grotaske von Dr. Paul Czinner;
Der Herr
Die Dame
Der alte Herr mit dem Affengesicht
Hindenburg
Wilson
Ein anderer Theaterdirekt.
Mara Orska
Pala Nagri
Lubitsch
Der Fremde
Stinnes
Tirpitz
Max Reinhardt
Ein anderer Regisseur
Ort der Handlung: Ein schwarzer, seltsamer Raum
Zeit: Immer und nie.
Karten im Deumhaus, Langgasse u. a. d. Abendkasse.

Alexander Moissi
Henny Porten
Prof. Einsteln
Prof. Steinach
Mr. Piella
1. stumme Person
2. „ „
3. „ „
10 andere Stumme
Der Unsichtbare
Die Unsichtbare
Eine Irre
Ein Kellner (5253)

Karten im Deumhaus, Langgasse u. a. d. Abendkasse.

Herren-Anzüge

Ulster u. Paletot billig
Schmiedegasse 16!

Stenographie
Eingelunterricht 47/1
Tages- u. Abendkurse.
Otto Siebe, Holzmarkt.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Stenographie
Maschinenschreiben
M. Streeck, Lehrerin
5127 Hansaplatz 2 b.

Teure Eier sparen Sie durch

Dr. Oetker's
Milch-Eiweiß-Silber
mit Triebzusatz
Nährstoffgehalt wie
2-3 Eier
für Pfannkuchen,
Klöße, Kuchen,
Torten.
Man verlange Rezeptbuch C
in den Geschäften oder von
Dr. A. Oetker Blefeld

Café Derra

Heute Dienstag: (5317)

Vornehmer Tanz-Abend.

Anfang 6.30 Uhr. J. Derra.

Wir empfehlen die vorzügliche
Ravenstein-Karte

DOM
Freistaat Danzig

Preis 7.20 Mk.

Buchhandlung Volkswacht
Um Spendhaus 6 u. Paradiesgasse 32.

Kaufhaus „Zur Fähre“
38 Langebrücke 38
Ständig günstige Einkaufsgelegenheit in
**Arbeiterbekleidung,
Strickwaren und Wolle**

Proben Sie meinen garantiert
handgekachelten
Kentucky-Schnupftabak
Tabakhörner u. -dosen
Größtes Lager am Platze.
A. Rotha, Am Stein 13. (4947)

Hausfrauen spart Gas!
Warum Ärgern Sie sich über Ihr schlechtes Licht?
hohen Gasrechnungen!
Sie erhalten durch mich einen neuen Gasapparat, welcher in keinem Haushalt fehlen darf.
Vermöge dieser einfachen, praktischen und konkurrenzlos billigen Vorrichtung, welche durch jedermann spielend leicht an jeder Gaslampe befestigt werden kann, ist jeder Gasverbraucher nicht nur in der Lage ca. 50 Prozent Gas (also die Hälfte der Gasrechnung) zu sparen, sondern er verbessert sogar bei dunklen Brennen die Helligkeit des Gaslichtes um ca. 200 Prozent.
Die Apparate sind tausendfach erprobt und liegen Anerkennung aus allen Kreisen vor.
Versand per 3 Apparate durch Nachnahme in Höhe v. Mk. 26.—
E. A. Bork, Hamburg 19, Eppendorferweg 17.
Vertreter an allen Orten gesucht!

Arbeitsamt der Stadt Danzig.
Wir suchen für den öffentlichen Dienst
Techniker,
die das Maurer-, Zimmerer-, Schlosser- oder Mechanikerhandwerk erlernt haben und sich im Besitze des Reifezeugnisses einer Baugewerkschule (möglichst Tiefbauabtlg.) oder einer elektrotechnischen Fachschule befinden.
Meldungen sind an unsere Vermittlungsstelle für das Bau- und Holzgewerbe, Mittelstädter Graben 51/52, Zimmer 33 zu richten.
Danzig, den 18. Oktober 1921. (5378)
Der Senat — Arbeitsamt.

Schiffbauer
verheiratete, nicht unter 30 Jahre, nach auswärts auf halb gelucht gegen ortsüblichen Tagelohn und Akkord. Wohnung von Stube, Kammer, Küche, Bodenraum sowie etwas Gartenland kann gestellt werden. Es wird nur auf Schiffbauer, die in allen Teilen des praktischen Schiffbaues erfahren sind, reflektiert. Umzug wird vergütet. Schriftliche Angebote sind unter V 352 an die Redaktion dieser Zeitung zu richten. (5378)

Anfertigung sämtlicher
DRUCKSACHEN
Insgesamtvollständiger und sauberer Ausstattung
Kataloge · Broschüren
Zeitschriften · Bücher
Massenaufgaben
Buchhandlung
in kürzester Zeit zu billigen Preisen
Sozialistische Literatur in grösster Auswahl
Danziger Volksstimme
Fernsprecher 2290 Am Spendhaus 6 Fernsprecher 720

Rat!
in Steuer-, Verwaltungs-, Ehe- und Strafsachen. Beobachtungen. Buchführung usw. von ersten Fachleuten erteilt
Danziger Treuhandgesellschaft, (4938)
Korkenmacherstraße 2, Telefon 2553
Zoppot, Hoffnerstraße 18, Sprechzeit 9—3 Uhr.
50000. — Mark
in **50 Anteilen à 500. — Mark**
für Zoppot gesucht. Garantieertrag monatlich 100. — Mk. für 500. — Mk. und 5% Zinsen. Offerten unter F. 1275 an das Danziger Anzeigenbüro, (5376)
Zooermarkt 15.